

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 2005/2006

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Zusammenfassung	3
I. Ziele und Grundlagen	3
1. Wozu Auswärtige Kulturpolitik?	3
2. Ziele	4
a) Förderung deutscher kultur- und bildungspolitischer Interessen	4
b) Sympathiewerbung für Deutschland/Vermittlung eines zeitgemäßen Deutschlandbildes	4
c) Förderung des europäischen Integrationsprozesses	5
d) Beitrag zur Konfliktprävention durch Wertedialog	6
3. Grundlagen	7
4. Strategien und Methoden	7
a) Verstärkte Nachfrageorientierung	7
b) Öffentlich-Private Partnerschaft	8
c) Regionale Steuerung	8
d) Einführung neuer Steuerungsinstrumente	10
5. Ressourcen	10
II. Tätigkeitsbereiche der Auswärtigen Kultur- und Bildungs- politik im Einzelnen	12
1. Wissenschafts- und Hochschulaustausch	12
a) Internationale Rahmenbedingungen	12
b) Internationale Zusammenarbeit im Hochschulbereich und Hochschulmarketing	12
c) Internationale Zusammenarbeit durch Austauschprogramme und Stipendien	13
d) Internationalisierung von Studiengängen	14
e) Internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit	14
f) Kooperationsprogramme mit entwicklungspolitischer Ausrichtung	14
2. Auslandsschulwesen	15

	Seite
3. Berufliche Bildung und Weiterbildung	16
4. Deutsche Sprache	17
5. Kulturelle Programmarbeit	18
a) Überblick	18
b) Bildende Kunst und Ausstellungen	19
c) Musik, Theater und Tanz	20
d) Wissenschaft und Zeitgeschehen	20
6. Druck- und audiovisuelle Medien	20
a) Buch und Literatur	20
b) Film	21
c) Deutsche Welle	22
d) Elektronische Medien	22
7. Jugend, Schülerinnen und Schüler, Sport, Kirchen	23
a) Jugend	23
b) Schülerinnen und Schüler	23
c) Sport	24
d) Kirchen	24
8. Das Kulturerhalt-Programm	24
9. Kulturgüterrückführung	24
a) Rückführung kriegsbedingt verlagerter Kulturgüter	24
b) Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogener Kulturgüter	25
10. Multilaterale Kulturzusammenarbeit	25
a) Europäische Union	26
b) Europarat	26
c) Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	27
d) UNESCO	27
III. Mittlerorganisationen und andere Einrichtungen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik	27
1. Goethe-Institut (GI)	27
2. Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)	29
3. Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH)	29
4. Institut für Auslandsbeziehungen (ifa)	30
5. Bundesverwaltungsamt – Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA)	30
6. Pädagogischer Austauschdienst (PAD)	31
7. Deutsche UNESCO Kommission e. V. (DUK)	31
8. Deutsches Archäologisches Institut (DAI)	31
9. Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland (DGIA)	32
10. Kulturstiftung des Bundes (KSB)	32
11. Haus der Kulturen der Welt (HKW)	33
12. Deutsch-ausländische Kulturgesellschaften	33
13. Deutsch-Amerikanische Fulbright-Kommission	33

Zusammenfassung

Der zehnte Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik umfasst nicht nur das abgelaufene Jahr (2005), sondern erstmals systematisch auch die Entwicklungen, Projekte und Veranstaltungen der ersten Hälfte des laufenden Kalenderjahres 2006. Dies drückt sich auch im Titel durch die Angabe „2005/2006“ aus. Der Bericht trägt damit dem Bemühen um größtmögliche Aktualität Rechnung. Besonders hervorzuheben sind im Berichtszeitraum:

- Herausragende Erfolge im Wissenschafts- und Hochschulaustausch (S. 29): fünf von der Alexander von Humboldt-Stiftung aus Mitteln des Auswärtigen Amtes geförderte Wissenschaftler erhielten im Jahr 2005 einen Nobelpreis.
- Die zwei übergreifenden Kulturjahre Deutschlandjahr in Japan und das Deutsch-Polnische Jahr mit 1 500 bzw. 2 000 Projekten (S. 4).
- Das Deutsche Auslandsschulwesen (S. 15), das sich zunehmend auch an der Dynamik der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands orientiert (Bsp. Deutsche Schule Shanghai).
- Deutsch als Fremdsprache (S. 17), das sich weiter großer Beliebtheit erfreut. Seit der Erweiterung ist Deutsch mit 63 Millionen Sprechern zur zweitwichtigsten Fremdsprache in der EU nach Englisch geworden.
- Das Übereinkommen zum Schutz der kulturellen Vielfalt (S. 27), mit dessen Verabschiedung eine völkerrechtlich verbindliche Grundlage für das Recht aller Staaten auf eigenständige Kulturpolitik geschaffen wurde.

Das Instrumentarium der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) wurde weiter modernisiert. Das Auswärtige Amt fördert verstärkt und systematisch den Abschluss Öffentlich-Privater Partnerschaften (S. 8), wie z. B. das Modellprojekt „Menschen und Bücher – Deutsche Bibliotheksinitiative für Mittel- und Osteuropa“. Außerdem setzt das Auswärtige Amt seinen Weg fort, neue Managementinstrumente (S. 10) in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik einzuführen. Dazu zählt der Abschluss von Zielvereinbarungen zwischen dem Auswärtigen Amt und den Mittlerorganisationen ebenso wie die schrittweise Einführung der Budgetierung von Zuwendungen.

I. Ziele und Grundlagen**1. Wozu Auswärtige Kulturpolitik?**

Die Auswärtige Kulturpolitik (AKP)¹ der Bundesregierung ist – neben den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen – eine der drei Säulen deutscher Außenpolitik.

Die AKBP ist ein wichtiges Instrument zur Wahrung deutscher Interessen. Durch sie gewinnen unser Land, seine Gesellschaft, Wirtschaft und Politik wichtige und verlässliche Partner in der Welt. Zugleich ist ein starker, international anerkannter Kultur- und Bildungsstandort Deutschland ein wesentlicher Baustein, um im globalen Wettbewerb erfolgreich zu sein. Eine aktive AKBP entspricht darüber hinaus Deutschlands Selbstverständnis als Kulturnation. Ziel ist es, die Qualität und die Vielfalt der deutschen Kultur im Inland auch unseren ausländischen Partnern zu präsentieren.

Die Entwicklung der letzten Jahre hat gezeigt: stabile internationale Beziehungen bedürfen eines kulturellen Fundaments. Ein intensiv und offen geführter Kulturdialog kann verhindern helfen, dass aus kulturellen Unterschieden Konfrontation und Gewalt erwachsen. Die AKBP der Bundesregierung steht für diesen Ansatz. Ihr Credo ist das Bemühen um Dialog und Austausch, um das Verständnis für kulturelle Unterschiede, aber auch die Er-

kenntnis der uns verbindenden Gemeinsamkeiten und der Anerkennung universeller Werte. Sie zielt darauf ab, durch praktische Maßnahmen zivilgesellschaftliche Kräfte zu stärken, die sich für Frieden, Demokratie und Menschenrechte einsetzen.

Entsprechend der Vielgestaltigkeit der Aufgaben, Ziele und Herausforderungen gibt es in der AKBP eine Vielzahl von Akteuren. Neben dem Auswärtigen Amt sind dies die Länder, der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, das Bundesministerium für Bildung und Forschung, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, das Bundesministerium des Inneren u. a. m. Vor allem aber sind es die Mittlerorganisationen, insbesondere das Goethe-Institut, der DAAD, die Alexander von Humboldt-Stiftung, das Institut für Auslandsbeziehungen und die Deutsche UNESCO-Kommission, die – in ihrer inhaltlichen Arbeit weitestgehend eigenverantwortlich – die AKBP gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt und seinen Auslandsvertretungen gestalten. Hinzu treten zunehmend private Akteure wie Stiftungen oder Vereine, die ihren jeweiligen Satzungsauftrag in Zusammenarbeit mit deutschen staatlichen Akteuren umsetzen.

Eine angemessene Mittelausstattung, die – unter Berücksichtigung der Haushaltslage – dem Umfang und der Bedeutung der Aufgaben entspricht, ist für die AKBP unverzichtbar. Ausgaben für die AKBP sind keine Subventionen, sondern unverzichtbare Investitionen in die Zukunft.

¹ Da in diesem Bericht auch zahlreiche Bildungsthemen angesprochen werden, wird im Folgenden synonym zum Begriff „Auswärtige Kulturpolitik (AKP)“ auch der Begriff „Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP)“ verwendet.

2. Ziele

Mit der AKBP verfolgt die Bundesregierung vier Ziele:

- deutsche kultur- und bildungspolitische Interessen fördern;
- Sympathiewerbung für Deutschland betreiben/ein zeitgemäßes Deutschlandbild vermitteln;
- den europäischen Integrationsprozesses fördern;
- zur Konfliktprävention durch Wertedialog beitragen.

a) Förderung deutscher kultur- und bildungspolitischer Interessen

Mit der AKBP verfolgt die Bundesregierung unmittelbare Interessen Deutschlands, unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft. So ist das Werben für den Studien- und Forschungsstandort Deutschland – ein zentrales Aufgabenfeld der AKBP – eine gezielte Investition zur Stärkung von Wissenschaft und Forschung im Land.

Der Kulturaustausch mit dem Ausland befruchtet das Kulturgesehen in Deutschland und macht deutsche Kunst und Kunstschaffende im Ausland bekannt. Zu-

gleich strahlen die durch ihn geschaffenen Bindungen positiv auf die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen aus.

Die deutschen Auslandsschulen sichern uns ein weltweites Netz an Partnerinnen und Partnern in den nachwachsenden Generationen. Darüber hinaus ist ihr Angebot für deutsche Unternehmen bei der Entsendung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit ihren Familien von großer Bedeutung.

b) Sympathiewerbung für Deutschland/ Vermittlung eines zeitgemäßen Deutschlandbildes

Mit Mitteln der AKBP präsentiert sich Deutschland als ein Partner, der für klassische und moderne Kultur steht, der an gleichberechtigtem Dialog und Austausch interessiert ist und sich seiner Vergangenheit glaubwürdig in offener Auseinandersetzung stellt.

Ein wichtiges kulturpolitisches Instrument ist in diesem Zusammenhang die Veranstaltung von Kulturtagen, -wochen oder -jahren. Sie sind im besten Sinne Visitenkarten der Kulturnation Deutschland.

Beispiel: Deutschland in Japan 2005/2006

Das Projekt „Deutschland in Japan 2005/2006“ (www.doitsu-nen.org), das am 4. April 2005 von Bundespräsident Horst Köhler und dem japanischen Kronprinzen in Tokyo feierlich eröffnet wurde und im März 2006 zu Ende ging, war die umfassendste Präsentation Deutschlands, die je im Ausland in Angriff genommen wurde. Es gliederte sich in die Säulen Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft/Bildung/Forschung, mit insgesamt etwa 1 500 Einzelprojekten. Das Ziel des Deutschlandjahres war es, das Deutschlandbild in Japan zu beleben, zu aktualisieren und zu ergänzen, insbesondere bei jüngeren Japanerinnen und Japanern, wobei an die traditionell guten Beziehungen und die gegenseitige Wertschätzung angeknüpft wurde. Dabei sollte vor allem gezeigt werden, dass Deutschland in Sachen Lifestyle, Mode, Tourismus, Konsumgüter und High Tech auf den Weltmärkten konkurrieren kann und ein attraktiver Studien- und Forschungsstandort ist.

Deutsch-Polnisches Jahr 2005/2006

Zirka 2 000 Projekte diesseits und jenseits der Oder fanden im Rahmen des Deutsch-Polnischen Jahres 2005/2006 (www.de-pl.info) statt und gaben der Zusammenarbeit neue Impulse. Unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten und des polnischen Staatspräsidenten wirkten Kultur, Jugend und Bildung als Motor der Annäherung. Projekte wie das Konzert deutscher Rock- und Popbands in Warschau, die multimediale Videoinstallation zwischen deutschen und polnischen Partnerstädten oder ein deutsch-polnischer Nachwuchskünstlerwettbewerb zeigten einer breiten Öffentlichkeit, was im deutsch-polnischen Verhältnis bereits erreicht wurde und wie viel spannendes Neuland noch zu entdecken ist.

Persönliche Begegnung und das Lernen über das jeweils andere Land verbanden zwei vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Projekte des Vereins Schulen ans Netz e.V.: In deutsch-polnischen Teams begaben sich ausgewählte Schülerinnen und Schüler in Krakau und im Ruhrgebiet auf Spurensuche und dokumentierten die Ergebnisse ihrer Vor-Ort-Recherchen, Interviews und Umfragen zur gemeinsamen Geschichte und Gegenwart in einer Online-Zeitung. Das Deutsch-Polnische Jahr ging mit dem Auftritt Deutschlands als Gastland der Warschauer Buchmesse im Mai 2006 zu Ende.

c) Förderung des europäischen Integrationsprozesses

Ein Schwerpunkt deutscher Kulturarbeit im Ausland ist und bleibt Europa. Unsere Kulturmittler werben dort für Deutschland und haben die Aufgabe, an der Veränderung einseitiger, oft noch vergangenheitsgeprägter Deutschlandbilder zu arbeiten und ihren Beitrag zur kulturellen Dimension des europäischen Einigungsprozesses zu leisten. Die AKBP hat die Aufgabe, die kulturelle Vielfalt Europas zu stärken und gleichzeitig Gemeinsamkeiten bewusst zu machen und fortzuentwickeln. Ziel ist, die europäische Integration erfolgreich fortzuführen und die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit der Europäischen Union zu stärken.

Ein besonderer, historisch gewachsener Teil dieser Bemühungen um die europäische Integration sind die Kultur-

projekte zur Stärkung der deutsch-französischen Freundschaft.

Im Rahmen unserer AKBP bemühen wir uns gemeinsam mit unseren Partnern, die positiven Erfahrungen mit der europäischen Integration auch Drittstaaten zu vermitteln. Die EU mit ihren erfolgreichen Institutionen eines friedlichen Interessenausgleichs zwischen Staaten, die über Jahrhunderte ihre Konflikte durch Krieg ausgetragen haben, gilt weit über Europa hinaus als ein attraktives Modell – gerade in ihrer Kombination von politischer und wirtschaftlicher Einheit bei Bewahrung der kulturellen Vielfalt.

Zu den Aktivitäten der AKBP gehört auch die Entwicklung einheitlicher bildungspolitischer Rahmenbedingungen. So soll etwa der gemeinsame europäische Bildungsraum allen Bürgerinnen und Bürgern Europas ungehinderte grenzübergreifende Mobilität in der Aus- und Weiterbildung ermöglichen (vgl. Kap. II.9.a)).

Deutsch-französische Kultur- und Bildungsbeziehungen¹

Die Zusammenarbeit hat seit dem in herausgehobener Form begangenen 40. Jahrestag des Elysée-Vertrags in 2003 zahlreiche neue Impulse erhalten:

- Erarbeitung eines gemeinsamen Geschichtsbuches für beide Länder, das ab dem Schuljahr 2006/2007 in je einer identischen deutschen und französischen Fassung für die Oberstufe zur Verfügung steht; der erste Band, der die Zeit von 1945 bis heute umfasst und für die Abiturklassen gedacht ist, erschien am 10. Juli 2006 in Deutschland beim Klett Verlag;
- Förderung der Partnersprachen Deutsch und Französisch als zentrales Thema der bilateralen Zusammenarbeit; Unterstützung der sprachwerbenden „DeutschMobile“ und „FranceMobile“; zweisprachiges Internetportal „FplusD“ für Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer;
- Privilegierung der Partnersprachen in den Bildungssystemen beider Länder mit dem Ziel, den Anteil derjenigen Schülerinnen und Schüler, die die Partnersprache lernen, um 50 Prozent zu erhöhen;
- breite Begehung des „Deutsch-Französischen Tags“ am 22. Januar (2006 in Form einer „Deutsch-Französischen Woche“);
- gemeinsamer Projektfonds für deutsch-französische Kulturveranstaltungen in Drittstaaten (86 Projekte in 61 Ländern; Erhöhungen des Fonds 2006 auf 600 000 Euro);
- gemeinsame Unterbringung von Kulturinstituten (u. a. Ramallah, Glasgow; geplant: Moskau).

Darauf aufbauend steht bei weitergehenden Maßnahmen die Perspektive einer gemeinsamen europäischen Zukunft von Deutschen und Franzosen mit beruflichen Chancen in beiden Ländern im Vordergrund:

- Ausbau des Netzwerks an Partnerschulen mit bilingualem Unterricht (ca. 80 Schulen);
- Ausbau des Angebots des Doppelabschlusses Abi-Bac (ca. 60 Schulen);
- generelle Vergleichbarkeit von Abschlüssen in der beruflichen Bildung;
- Abbau von Mobilitätshindernissen für Lehrerinnen und Lehrer.

² Zur deutsch-französischen Hochschulzusammenarbeit siehe den gesonderten Beispielkasten unter II.1.b).

d) Beitrag zur Konfliktprävention durch Wertedialog

Die tief greifenden Umbrüche, die mit dem Stichwort Globalisierung gekennzeichnet werden, erzeugen vielfach das Bedürfnis nach kultureller Selbstvergewisserung – sei es über Sprache, Ethnie, religiöse Überzeugung oder kulturelles Erbe. Die Auseinandersetzung mit fremden Einflüssen verläuft dabei nicht immer ohne Friktionen. Dies ist der Nährboden, auf dem Konfrontation und Gewalt gedeihen können.

Solchen Tendenzen entgegenzuwirken, ist Aufgabe eines aktiven Wertedialogs. Dies wird derzeit besonders deutlich im Rahmen des Europäisch-Islamischen Kulturdialogs. Die anlässlich der Veröffentlichung von Mohammed-Karikaturen Ende 2005 und der nachfolgenden, zum Teil gewalttätigen Proteste in der islamischen Welt ent-

brannte Kultur- und Wertedebatte zeigt, dass die kulturelle Kluft zwischen dem Westen und der islamischen Welt sich zu vertiefen droht.

Ziel des Europäisch-Islamischen Kulturdialogs ist es, durch praktische Maßnahmen der Kultur- und Bildungszusammenarbeit das gegenseitige Verständnis zwischen westlicher und islamisch geprägter Welt zu verbessern, Missverständnisse aufzulösen und die Ablehnung, die zahlreiche Akteure der Region unseren Werten entgegenbringen, abzubauen.

Selbstverständlich können Konflikte nicht allein oder vornehmlich durch kulturpolitische Maßnahmen eingedämmt werden. Unser Engagement in Afghanistan verdeutlicht indes, welchen Beitrag Kultur- und Bildungsarbeit beim Wiederaufbau von Staat und Gesellschaft im Sinne der Friedenskonsolidierung leisten kann.

Beispiel: Europäisch-Islamischer Kulturdialog

Seit 2002 ist der „Europäisch-Islamische Kulturdialog“ ein Schwerpunktthema. Für Dialogprojekte in der islamischen Welt stehen im Auswärtigen Amt jährlich ca. 6 Mio. Euro zur Verfügung. Im Rahmen dieses Programms werden gezielt Projekte gefördert, die – komplementär zu den regulären Kultur- und Bildungsprogrammen – ausgewählte Zielgruppen wie Frauen und insbesondere Jugendliche ansprechen. Wichtig ist dabei die Einbindung lokaler Partnerorganisationen in die Projektarbeit.

In der islamisch geprägten Welt wird eine Fülle gesellschaftlicher Themen lebhaft debattiert: die Stellung der Frau, Rechtsstaatlichkeit und gute Regierungsführung, das Verhältnis von islamischem Recht zu den Menschenrechten, der Aufbau einer Wissensgesellschaft, die Partizipation von Jugendlichen an gesellschaftlichen Prozessen und die Auswirkungen der Globalisierung. Im Rahmen unserer Dialogprojekte veranstalten Kulturmittlerorganisationen zu diesen Themen Workshops, führen Austauschprogramme durch oder leisten Beiträge zur Vernetzung und Information mittels elektronischer Medien. Ein besonders erfolgreiches Beispiel ist das Internetportal www.qantara.de, das sich als Forum für interkulturellen Austausch etabliert hat und sich über Fachkreise hinaus ein breiteres kritisches, diskussionsfreudiges Publikum erschlossen hat. Der Beauftragte für den Dialog der Kulturen, der Arbeitsstab für den Dialog mit der islamisch geprägten Welt und das Netzwerk der Dialogreferentinnen und -referenten, die seit 2002 vom Auswärtigen Amt an vielen Auslandsvertretungen in der Region eingesetzt werden, steuern das Programm des „Europäisch-Islamischen Kulturdialogs“. Ihre Aufgabe ist es, Themen aufzugreifen, die nicht nur die Musliminnen und Muslime in der Region bewegen, sondern auch die Europäerinnen und Europäer, die auf die islamisch geprägte Welt blicken. Beispiele:

- Das Institut für Auslandsbeziehungen führt seit 2005 das Austauschprogramm „CrossCulture-Praktika“ durch. Es bietet jungen Berufstätigen und freiwillig Engagierten aus Deutschland und aus islamisch geprägten Ländern die Möglichkeit, während eines sechs- bis zwölfwöchigen Praktikumsaufenthalts in einer Partnerorganisation des Gastlandes mitzuarbeiten. Die teilnehmenden Institutionen, zu denen auch die Kulturorganisation der Arabischen Liga ALECSO gehört, sind in vielfältigen Bereichen tätig: das Spektrum reicht von Journalismus über Kulturmanagement, Erwachsenenbildung oder Stadtplanung bis hin zu Menschenrechtsarbeit, Entwicklungszusammenarbeit und internationaler Politik.
- In Kooperation mit der Freien Universität Berlin und der Universität Paris VIII initiierte die Deutsche UNESCO-Kommission ein internationales kulturwissenschaftliches Netzwerk. Unter dem Thema „Gewalt, Glaube und interkultureller Dialog“ fand im Dezember 2005 in Alexandria, Ägypten, der erste Workshop in Zusammenarbeit mit der Euromed-Anna-Lindh-Stiftung für den Dialog der Kulturen statt.

Beispiel: Kultur-, Bildungs- und Medienarbeit in Afghanistan

Der kulturelle Wiederaufbau Afghanistans ist einer der Schwerpunkte der deutschen Politik in der Region. Flankierend zur Hilfe beim Wiederaufbau der politischen Strukturen soll vor allem durch die Wiederherstellung einer Bildungsinfrastruktur der jungen Generation eine Zukunftsperspektive geboten werden. Im Rahmen des Stabilitätspakts Afghanistan standen der Bundesregierung im Jahr 2005 dafür 5,42 Mio. Euro zur Verfügung. Auch 2006 wird dieser Einsatz auf vergleichbarem Niveau fortgeführt. Schwerpunktregionen des deutschen Engagements sind Kabul, Kunduz, Herat und Faisabad.

Im einzelnen wurden u. a. folgende Maßnahmen durchgeführt:

- Wiederaufbau und Förderung von Mädchen- und Jungen-Schulen in Kabul einschließlich der Entsendung deutscher Lehrkräfte; IT-Vernetzung ausgesuchter Partnerschulen in Kabul und den Schwerpunktregionen;
- Reaktivierung von Hochschulpartnerschaften; Fortbildung von Dozentinnen und Dozenten; Vergabe von Hochschulstipendien; DAAD-Lektorate in Kabul und Herat; Aufbau von Rechenzentren an den Universitäten von Kabul und Herat; Ausstattung von Fakultäten; Mithilfe bei der Ausarbeitung einer afghanischen Hochschulgesetzgebung;
- Förderung der deutschen Sprache u. a. durch Aus- und Fortbildung von Deutschlehrerinnen und -lehrern und Durchführung von Deutschkursen für Multiplikatoren am Goethe-Institut Kabul;
- Programmarbeit durch das Goethe-Institut, das seit September 2003 wieder mit einem eigenen Institut in Kabul vertreten ist; Ausstattung von Bibliotheken; Übersetzung deutscher Kinder- und Jugendliteratur;
- Kooperation der Deutschen Welle mit dem afghanischen Rundfunk RTA (täglich internationaler Nachrichtenblock auf Dari und Paschtu); seit Mitte 2006 ist RTA in der Lage, diese Nachrichten eigenständig produzieren zu können.
- Restaurierung des historischen Babur-Gartens in Kabul; Wiederherstellung des historischen Stadtkerns der Stadt Herat durch das Deutsche Archäologische Institut; Sicherung der Reste des Großen und des Kleinen Buddha in Bamiyan.

3. Grundlagen

Die AKBP der Bundesregierung ist langfristig angelegt. Ihre Stärke ist die globale Vernetzung: Kulturabteilungen von Auslandsvertretungen, Goethe-Institute, deutsche Auslandsschulen, Außenstellen des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD), entsandte Lektorinnen und Lektoren, deutsche Kulturgesellschaften und andere deutsche Kultureinrichtungen vor Ort bilden ein integriertes, alle Weltregionen abdeckendes, durch den Bund unterhaltenes Netz mit breitem außen- und kulturpolitischem Arbeitsauftrag.

Deutsche Kulturarbeit im Ausland leisten 2006 unter anderem:

- 226 Botschaften, Generalkonsulate, Konsulate und Ständige Vertretungen,
- 128 Goethe-Institute inkl. Außenstellen,
- 117 deutsche Auslandsschulen,
- 14 DAAD-Außenstellen und 48 DAAD-Informationszentren im Ausland, 414 DAAD-Lektorate,
- 180 von Deutschland staatlich geförderte Kulturgesellschaften,
- 69 entsandte Fachberaterinnen und -berater der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen und des Goethe-Instituts,
- elf deutsche geisteswissenschaftliche, historische oder andere wissenschaftliche Institute,³
- zehn Abteilungen und Außenstellen des Deutschen Archäologischen Instituts.

³ Im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, vgl. III.9.

Unsere AKBP führt den Dialog mit anderen Gesellschaften und Kulturen aktiv über ein weltweites Netz kompetenter Ansprechpartner und Multiplikatoren verfügt. Wichtige Zielgruppen sind insbesondere Kulturschaffende, Wissenschaftler, Studierende sowie Schüler. Daneben ist die Zusammenarbeit auf Regierungsebene von großer Bedeutung. Erst durch sie werden die notwendigen Rahmenbedingungen für Kooperationen im Kultur- und Bildungsbereich geschaffen, zum Beispiel im Rahmen der Verhandlung und Umsetzung von Kulturabkommen oder bei Statusfragen für unsere vor Ort tätigen Kulturmittlerorganisationen.

4. Strategien und Methoden

Mit zielgerichtetem Ressourceneinsatz streben wir für die AKBP einen möglichst großen Wirkungsgrad an. Dies geschieht durch:

- nachfrageorientierte Gestaltung der Kulturarbeit im Ausland, Verbundfinanzierung mit den Adressaten;
- systematische Einbeziehung von deutscher Wirtschaft und Gesellschaft im Rahmen Öffentlich-Privater Partnerschaften;
- regionale Steuerung;
- Einführung neuer Steuerungselemente sowohl im Auswärtigen Amt als auch bei den wichtigsten Kulturmittlerorganisationen.

a) Verstärkte Nachfrageorientierung

Ein Ansatz, um die Wirksamkeit der AKBP zu steigern, ist die stärkere Nachfrageorientierung unserer Kulturarbeit im Ausland. Deutschland hat ein für viele Interessenten im Ausland attraktives Kultur- und Bildungsangebot. Ziel ist es, Programme so zu gestalten, dass unsere ausländischen Adressatinnen und Adressaten bereit sind,

sich hierfür in angemessenem Umfang auch selbst zu engagieren.

Dies ist in immer mehr Bereichen der Fall. 50 Prozent der Sprachkursbetriebe des Goethe-Instituts arbeiten inzwischen kostendeckend. Deutsche Auslandsschulen finanzieren sich in hohem Maße über Schulgelder und Spenden. Die Schulen werden durch verstärkte Beratung unterstützt, ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber nationalen und internationalen Spitzenschulen zu steigern. Damit werden sie je nach Standort auch in die Lage versetzt, höhere Eigeneinnahmen durch Anwerbung zusätzlicher Schüler zu erzielen. Im Programmbereich bemühen sich deutsche Veranstalter im Ausland verstärkt um Kooperationspartner und Sponsorengelder. Die Werbung für den Hochschulstandort Deutschland richtet sich zunehmend auch auf Zielgruppen aus, die ein so hohes Eigeninteresse an einem Studium in Deutschland haben, dass sie bereit sind, als teilweise oder vollständige Selbstzahler an deutsche Universitäten zu kommen.

b) Öffentlich-Private Partnerschaft

Öffentlich-Private Partnerschaften in der AKBP sind Kooperationen öffentlicher und privater Organisationen im beiderseitigen Interesse zur Erfüllung kulturpolitischer Aufgaben. Dabei kann es sich auf privater Seite um Unternehmen, privatrechtlich organisierte Stiftungen oder Einzelpersonen handeln.

Die in früherer Zeit eher zufällige Zusammenarbeit im Rahmen von Einzelprojekten hat sich in den letzten Jahren zu einer bewussten Partnerschaft zwischen öffentlicher Hand und privaten Trägern gewandelt. Ziel ist es, diese Zusammenarbeit zwischen Auswärtigem Amt und privaten Partnern im Bereich der AKBP auch in Zukunft systematisch zu verbessern und auszubauen.

Beispiel: Kulturstiftungen der deutschen Wirtschaft

In besonderer Form kooperieren Staat und Wirtschaft in den „Kulturstiftungen der deutschen Wirtschaft“. Im Jahr 2005 wurde mit der Kulturstiftung der deutsch-türkischen Wirtschaft in Ankara unter Beteiligung der Deutschen Botschaft, des örtlichen Goethe-Instituts und Wirtschaftsunternehmen bereits die fünfte Kulturstiftung ins Leben gerufen. An weiteren Standorten wird derzeit an Gründungen gearbeitet. Die Kulturstiftungen binden die deutsche Wirtschaft vor Ort als Sponsoring-Partner fest in die kulturelle Außendarstellung Deutschlands ein und machen sie zu dauerhaften Förderern deutscher Kultur- und Spracharbeit. Über die Einzelfallförderung hinaus wird dadurch eine stabile finanzielle Basis für die Realisierung von Projekten in der AKBP geschaffen. Die Stiftungen operieren auf einer partnerschaftlichen Basis, die sicherstellt, dass Auswärtiges Amt, Goethe-Institut und die deutschen Unternehmen vor Ort gleichermaßen von deren Arbeit profitieren.

Herausragende Beispiele der Öffentlich-Privaten Partnerschaft sind auch die „Stiftungsinitiative Johann Gottfried

Herder“, an der der DAAD als Kooperationspartner beteiligt ist, und das Programm der Robert Bosch-Kulturmanager in Mittel- und Osteuropa. Letzteres wird in Zusammenarbeit mit dem Institut für Auslandsbeziehungen durchgeführt. Das Auswärtige Amt stellt für die Arbeit der deutschen Kulturzentren Projektmittel zur Verfügung. Dieses erfolgreiche Modell wurde inzwischen auch auf die islamische Region übertragen: Seit Herbst 2005 entsendet die Robert Bosch Stiftung in Kooperation mit dem Goethe-Institut Kulturmanager an Dialogpunkte in Marrakesch (Marokko), Assiut (Ägypten) und Tripoli (Libanon).

Beispiel: Deutsche Bibliotheksinitiative „Menschen und Bücher“ für Mittel- und Osteuropa

Als Modellprojekt Öffentlich-Privater Partnerschaft hatte 2005 die Deutsche Bibliotheksinitiative „Menschen und Bücher“ für Mittel- und Osteuropa einen erfolgreichen Start. Zu der Bibliotheksinitiative haben sich das Auswärtige Amt und das Goethe-Institut mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Fritz Thyssen Stiftung, der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, der Gerda Henkel Stiftung, der Marga und Kurt Möllgaard-Stiftung, der Robert Bosch Stiftung und der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerus zusammengeschlossen. Über einen Zeitraum von zunächst drei Jahren werden rund dreißig Bibliotheken in Mittel- und Osteuropa beim Kauf von Büchern, Zeitschriften und elektronischen Medien unterstützt. Über zahlreiche Veranstaltungen in Deutschland und ein umfangreiches Begleitprogramm mit deutschen Autoren in den Gastländern wird die Bibliotheksinitiative in die Öffentlichkeit getragen und erfährt dort eine große Aufmerksamkeit.

Neben den genannten Initiativen wird eine Vielzahl von Projekten in der AKBP durch die Kooperation von öffentlicher Hand und privaten Stiftungen oder Unternehmen realisiert. Beispiele hierfür sind das Deutsch-Polnische Jahr und „Deutschland in Japan 2005/2006“ sowie zahlreiche weitere Projekte wie Konzerttourneen und Kulturfestivals.

c) Regionale Steuerung

Ziel der regionalen Steuerung ist es, eine angemessene Verteilung der Ressourcen auf die Regionen und innerhalb der Regionen sicherzustellen. Aktuell richtet sich das besondere Augenmerk auf eine Verstärkung unserer Aktivitäten in Asien und dem Nahen Osten sowie eine Konsolidierung in Osteuropa und den neuen Mitgliedsstaaten der EU, um so der gestiegenen Bedeutung dieser in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht besonders dynamischen Regionen gerecht zu werden.

Nach wie vor ist die EU der 15 die Region, in die traditionellerweise am meisten Ressourcen fließen (24,9 Prozent), mit einigem Abstand gefolgt von Lateinamerika (15,6 Prozent) und Asien (14,4 Prozent). Es folgen die neuen EU-Mitgliedsstaaten (8,3 Prozent), Osteuropa (7,7 Prozent) und der Nahe und Mittlere Osten (7,3 Prozent). Die Region Europa einschließlich Russland und

Türkei blieb so auch 2005 mit fast der Hälfte der weltweiten Ausgaben weiterhin Dreh- und Angelpunkt der AKBP. Gleichzeitig konnte jedoch in der politisch besonders wichtigen Region des Nahen und Mittleren Ostens ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr erreicht werden (7,3 Prozent statt 6,7 Prozent). Auch unser Engagement in Asien als der momentan dynamischsten Wachstumsregion der Welt konnte im letzten Jahr gesteigert werden (14,4 Prozent statt 13,2 Prozent).

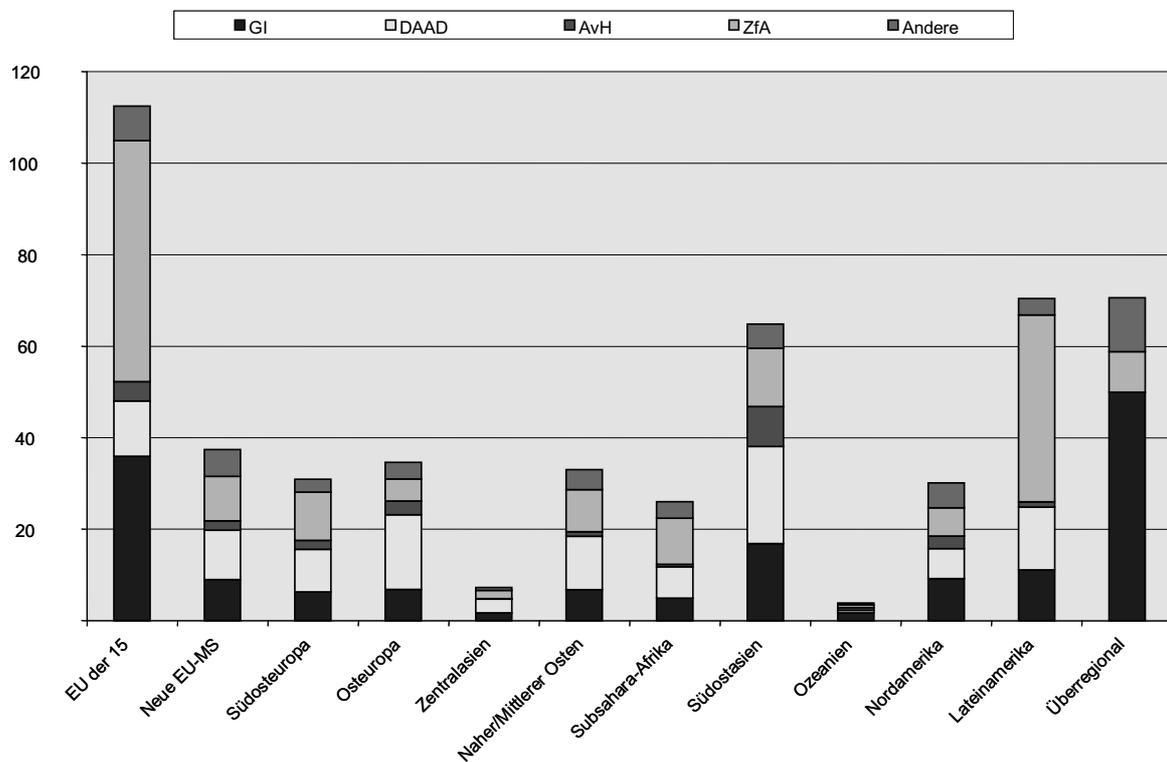
Beim Goethe-Institut lag der Schwerpunkt 2005 auf der EU der 15 (32,5 Prozent), gefolgt von Asien (15,2 Prozent) und Lateinamerika (10,1 Prozent). Bei den Deutschen Auslandsschulen dominierten die beiden Regionen „EU-15“ (33,1 Prozent) und Lateinamerika (25,6 Prozent). Der DAAD gab im Jahr 2005 die meisten Gelder in Asien (18,9 Prozent) aus, gefolgt von Osteuropa einschließlich Russland (14,6 Prozent) und Lateinamerika

(12,2 Prozent). Auch die Alexander von Humboldt-Stiftung engagierte sich besonders intensiv in Asien (33,6 Prozent) mit ihren neuen Wissenschaftszentren, weitere Schwerpunkte sind die „EU der 15“ (16,1 Prozent) und Osteuropa (11,5 Prozent).

Damit hat sich die regionale Verteilung in die intendierte Richtung entwickelt: besonders die Mittlerorganisationen im Wissenschaftsbereich konnten ihr Engagement im Nahen und Mittleren Osten ausbauen (DAAD von 9,0 Prozent auf 10,4 Prozent, Alexander von Humboldt-Stiftung von 3,1 Prozent auf 3,8 Prozent). Auch das Engagement in den aufstrebenden Ländern Asiens konnte im vergangenen Jahr fast bei allen Mittlerorganisationen graduell verstärkt werden, erheblich vor allem bei der Alexander von Humboldt-Stiftung (33,6 Prozent statt 29,5 Prozent), aber auch beim Goethe-Institut (15,3 Prozent statt 14,4 Prozent).

Regionalverteilung AKBP 2005

Ausgaben des Auswärtigen Amtes nach Mittlerorganisationen (Angaben in Millionen Euro)



d) Einführung neuer Steuerungsinstrumente

Ziel der vom Auswärtigen Amt begonnenen schrittweisen Einführung neuer Steuerungsinstrumente ist es, einen an strategischen Zielen ausgerichteten, flexibleren und regionalspezifisch besser angepassten Ressourceneinsatz zu ermöglichen.

Zur internen Steuerung der Kulturabteilung des Auswärtigen Amts gehören seit 2004 neben Abteilungszielen auch jährliche Referatszielvereinbarungen einschließlich einer Ergebnisüberprüfung. Die seit 2001 von den Auslandsvertretungen vorgelegten und regelmäßig fortzuschreibenden Länderkonzeptionen sind Teil des Gesamtkonzepts.

Die inhaltliche Steuerung der Mittler erfolgt zunehmend ebenfalls über Zielvereinbarungen mit dem Auswärtigen Amt – einschließlich einer jährlichen Evaluierung. Strategische Zielvereinbarungen wurden 2004 erstmals mit der Deutschen UNESCO-Kommission und 2005 mit dem DAAD und der Alexander von Humboldt-Stiftung geschlossen.

Mit dem Goethe-Institut wurde – in Ergänzung der klassischen Steuerung über den kamerale Haushalt und das Zuwendungsrecht – 2005 als Pilotprojekt die Budgetierung in der Programmregion Italien eingeführt. Nach positiven Zwischenergebnissen erfolgte Anfang 2006 die Ausweitung auf zwei weitere Regionen (Nordamerika, MOE/Zentralasien). Auch in diesen Fällen erfolgt die Zielsetzung und -evaluierung mittels Zielvereinbarungen. Bei weiterhin erfolgreichem Verlauf wird die Budgetierung auf das Gesamtinstitut und andere Kulturmittler ausgeweitet.

5. Ressourcen

Die Ressourcen, die 2005 für Maßnahmen der AKBP vorgesehen waren, beliefen sich auf 1 092,4 Mio. Euro, d. h. 0,42 Prozent des Bundeshaushalts. Mit 546,1 Mio. Euro wurde mehr als die Hälfte dieser Summe zur „Pflege kultureller Beziehungen zum Ausland“ in den Einzelplan des Auswärtigen Amts in das Kapitel 0504 eingestellt (Kulturhaushalt im engeren Sinn). Die im Vergleich zum Vorjahr um rund 2 Prozent geringere Summe resultiert aus der 2004 beschlossenen und 2005 erstmals im Haushaltsgesetz sichtbar gewordenen Globalen Minderausgabe (GMA) zur Konsolidierung der Rentenfinanzen. 2004 war die GMA noch als Maßnahme im Haushaltsvollzug (Sperrung) umgesetzt worden. Im Ergebnis standen damit schon im Vorjahr nur 543,6 Mio. Euro zur Verfügung. Die Tabelle unten gibt die Soll-Zahlen ab dem Jahr 2000 wieder.

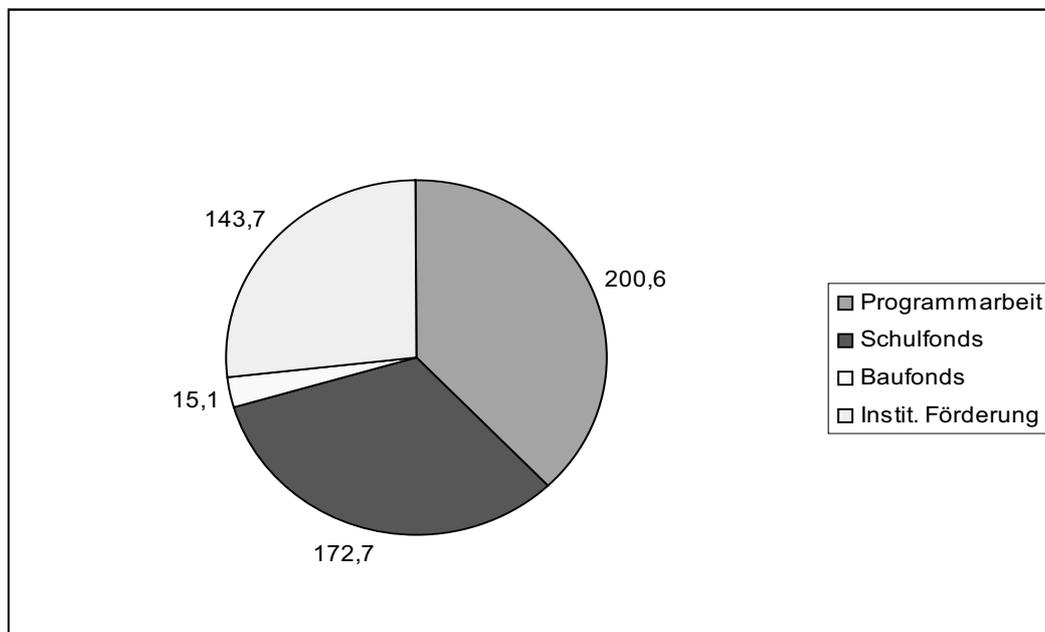
Bei Betrachtung der gesamten Ausgaben des Auswärtigen Amts im AKBP-Bereich – die im Einklang mit der vom Finanzbericht des BMF angewandten Systematik in Zukunft maßgebend sein wird – ergibt sich zwischen den Jahren 2004 und 2005 ein Rückgang von 623 auf 601 Mio. Euro. Hier wirkt sich neben der o. g. Globalen Minderausgabe das deutliche Erstarben des Euros gegenüber dem Dollar aus. Dadurch musste Deutschland eine wesentlich geringere Summe zur Finanzierung der in Dollar fixierten Beiträge zu internationalen Organisationen aufbringen.

Aus Kapitel 0504 – dem Kernbereich des Kulturhaushalts des Auswärtigen Amts – flossen 2005 insgesamt 532,1 Mio. Euro in die AKBP. Nach einer historisch gewachsenen Systematik teilt sich das Kapitel in vier große Bereiche („Titelgruppen“); die auf sie entfallenden Ausgaben 2005 gibt nebenstehendes Diagramm wieder.

Jahr	AKP Bund gesamt	Veränderung ggü. Vorjahr	davon Kapitel 0504 des AA	Veränderung ggü. Vorjahr	Anteil AKP AA am Bundeshaushalt
2000	1.111,1	– 3,2 %	564,7	– 4,7 %	0,23 %
2001	1.139,9	+ 2,6 %	576,0	+ 2,0 %	0,24 %
2002	1.127,6	– 1,1 %	566,9	– 1,6 %	0,23 %
2003	1.106,1	– 1,9 %	558,8	– 1,4 %	0,23 %
2004	1.135,2	+ 2,6 %	557,6	– 0,2 %	0,22 %
2005	1.092,4	– 3,9 %	546,1	– 2,1 %	0,21 %

Jahr	AKP Bund gesamt in Mio. €	Veränderung ggü. Vorjahr	davon AKP des AA in Mio. €	Veränderung ggü. Vorjahr	Anteil AKP AA am Bundes- haushalt
2000	1.111,1	– 3,2 %	629,0	– 4,2 %	0,26 %
2001	1.139,9	+ 2,6 %	645,1	2,6 %	0,26 %
2002	1.127,6	– 1,1 %	634,4	– 1,7 %	0,25 %
2003	1.106,1	– 1,9 %	622,9	– 1,8 %	0,25 %
2004	1.135,2	+ 2,6 %	623,0	0,0 %	0,24 %
2005	1.092,4	– 3,9 %	601,0	– 3,7 %	0,23 %

AKBP-Mittel des AA 2005 nach Titelgruppen in Mio. €



Zur Umsetzung der AKBP-Maßnahmen bedient sich das Auswärtige Amt eines dichten Netzes von Kulturmittlerorganisationen, Agenturen und sonstigen Partnern aus dem Kulturbereich; nur wenige Projekte werden vom Auswärtigen Amt direkt gefördert. Dreizehn Organisationen fördert das Auswärtige Amt institutionell; sie erhielten für Personalkosten, Ausstattung und Investitionen 143,7 Mio. Euro und damit 27 Prozent des AA-Kulturhaushalts.

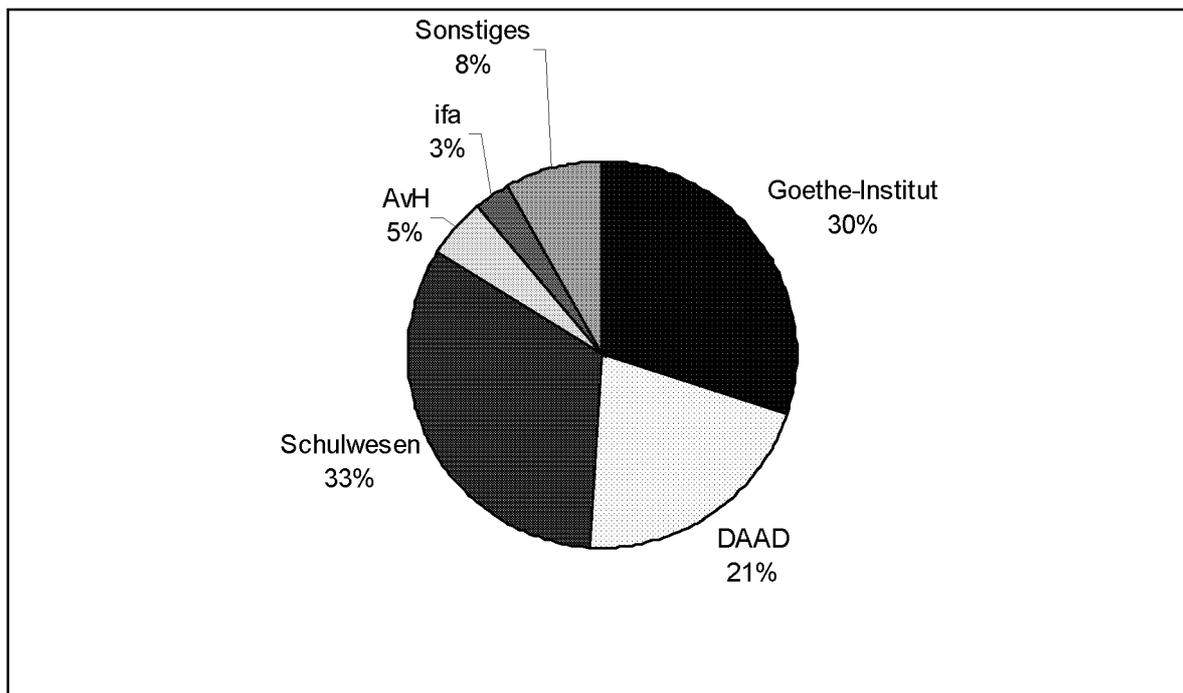
Im Rahmen der Programmarbeit finanzierte das Auswärtige Amt 2005 Projekte im Wert von 200,6 Mio. Euro - das sind 37,7 Prozent des AKBP-Haushalts. Herausragende Vorhaben waren u. a. die Veranstaltungsreihen „Deutschland in Japan“ und „Deutsch-Polnisches Jahr“. Aber auch kleinere Schwerpunktsetzungen, z. B. zugunsten der Zivilgesellschaft in der Ukraine nach der „Orangen Revolution“, erlaubten es, außenkulturpolitisch Flagge zu zeigen.

Neben der künstlerischen Umsetzung eines modernen Deutschlandbildes misst die Bundesregierung der Positionierung Deutschlands als Studien- und Wissenschaftsstandort hohe Bedeutung zu. In diesem Zusammenhang förderte das Auswärtige Amt 2005 Stipendien- und Austauschprogramme mit insgesamt 128,6 Mio. Euro.

Auf das Auslandsschulwesen, eine weitere Säule Auswärtiger Bildungspolitik, entfiel 2005 ein Volumen von 172,7 Mio. Euro (ohne Baumaßnahmen).

Insgesamt hat sich das Kulturbudget des Auswärtigen Amtes 2005 wie im Diagramm auf Seite 12 auf die Mittler verteilt (Baumaßnahmen sind im Bereich „Sonstiges“ berücksichtigt).

Dem Deutschen Archäologischen Institut – als Bundesanstalt dem Auswärtigen Amt zugeordnet – standen für Personal- und Sachkosten sowie die Forschungen auf dem Gebiet der Archäologie und ihrer Nachbarwissenschaften im Jahr 2005 insgesamt 20,3 Mio. Euro zur Verfügung.



Das kulturelle Engagement des Auswärtigen Amtes im internationalen Bereich 2005 beinhaltet insbesondere Pflichtbeiträge zu verschiedenen VN-Organisationen. Die United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO), das International Centre for the Study of the Preservation and Restoration of Cultural Property (ICCROM) und der Welterbefonds der UNESCO erhielten zusammen 22,21 Mio. Euro.

II. Tätigkeitsbereiche der AKBP im Einzelnen

1. Wissenschafts- und Hochschulaustausch

a) Internationale Rahmenbedingungen

Die internationale Orientierung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Deutschland nimmt stetig zu. Einer der Hauptgründe dafür ist der so genannte Bologna-Prozess, der 1998 mit der „Sorbonne-Erklärung“ ins Leben gerufen wurde. Daran anknüpfend verabschiedeten 29 europäische Bildungsministerinnen und -minister 1999 in Bologna eine gemeinsame Erklärung zur Errichtung eines einheitlichen Europäischen Hochschulraums bis zum Jahr 2010. In Deutschland stehen die Ziele der Bologna-Erklärung im Einklang mit den Bestrebungen des Bundes und der Länder um eine Modernisierung des Hochschulwesens und eine Stärkung seiner internationalen Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit.

b) Internationale Zusammenarbeit im Hochschulbereich und Hochschulmarketing

Grundvoraussetzung für eine Vertiefung der internationalen Zusammenarbeit ist die weitere Internationalisierung

der deutschen Hochschulen sowie die Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit. 2001 konstituierte sich unter dem Dach der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung die „Konzertierte Aktion Internationales Marketing für den Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland“. Sie hat sich drei Aufgaben gesetzt: eine internationale Marketingkampagne für den Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland durchzuführen, die deutschen Bildungs- und Forschungsangebote international wettbewerbsfähiger zu machen und die Betreuung- und Wohnraumsituation sowie die arbeits- und aufenthaltsrechtlichen Rahmenbedingungen für ausländische Studierende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu verbessern.

Im Jahr 2005 hat die „Konzertierte Aktion“ gemeinsam mit dem Hochschulkonsortium GATE-Germany 18 Leistungsschauen deutscher Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen in 16 Ländern sowie 153 Präsentationen auf so genannten „kleinen“ Hochschulmessen durchgeführt. Das eigens konzipierte Internet-Portal www.campusgermany.de, das über Studium, Forschung und berufliche Bildung sowie über das Leben in Deutschland informiert, verzeichnete 2005 über 29 Mio. Seitenabrufe.

Die Maßnahmen der „Konzertierten Aktion“ greifen: Die Zahl ausländischer Studierender in Deutschland, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben haben („Bildungsausländer“), ist im Wintersemester 2004/05 im Vergleich zum Vorjahr noch einmal um 3,5 Prozent auf ca. 187 000 gestiegen (Steigerung seit 1999/2000 + 65 Prozent). 6,3 Prozent aller Studierenden sind damit Bildungsausländer.

Ende 2004 konnte der DAAD erstmals das aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) finanzierte „Programm zur Förderung der Internationalisierungsstrukturen an den deutschen Hochschulen“ (PROFIS) ausschreiben. Ziel von PROFIS sind substantielle Qualitätsverbesserungen in den Bereichen Information und Beratung ausländischer Studieninteressenten, fachliche und sprachliche Studienvorbereitung, Entwicklung qualitätsorientierter Auswahl- und Zulassungsverfahren sowie fachliche Betreuung. 2005 wurden 45 Modellprojekte an Hochschulen in eine in der Regel zweijährige Förderung aufgenommen.

Deutsche Hochschulen engagieren sich in zunehmendem Maße im Bereich des „Exports von Bildungsdienstleistungen“. Das DAAD-BMBF-Programm „Studienangebote deutscher Hochschulen im Ausland“ unterstützt dieses Engagement seit 2001 in Form einer Anschubfinanzierung für maximal vier Jahre. Es wird erwartet, dass diese Studienangebote – in der Regel in Kooperation mit einer ausländischen Partnerhochschule – zu einer stetigen Einrichtung im Ausland entwickelt werden und sich finanziell mittelfristig selber tragen.

In den vom DAAD aktuell geförderten Studiengängen im Ausland waren im Wintersemester 2005/2006 über 5 300 Studierende eingeschrieben, 2009/2010 sollen es über 12 800 Studierende sein. Rechnet man die bereits seit längerer Zeit in anderen DAAD-Programmen geförderten Studienangebote in Ost-, Südosteuropa und China sowie einige Hochschulen, die ohne DAAD-Förderung solche Studienangebote aufgebaut haben, hinzu, studieren bereits jetzt über 7 600 junge Menschen in deutschen Studiengängen im Ausland. Erfolgreiche Beispiele für dieses Konzept sind die German University Cairo (GUC) und die German-Jordanian University in Amman (GJU), beides Leuchtturmprojekte von regionaler Bedeutung. Ab 2006 bietet der DAAD aus Mitteln des Auswärtigen Amtes den besten Absolventinnen und Absolventen deutscher Studiengänge im Ausland zusätzliche Stipendien für weitergehende Studien in Deutschland an.

Beispiel: Deutsch-französische Zusammenarbeit im Hochschulbereich

Die deutsch-französische Zusammenarbeit im Hochschulbereich ist eng. So bestehen derzeit über 2 200 bei der Hochschulrektorenkonferenz registrierte deutsch-französische Hochschulkooperationen – erneut ein leichter Anstieg im Vergleich zum Vorjahr. Und nur mit Frankreich unterhält Deutschland mit der Deutsch-Französischen Hochschule (DFH) eine binationale Universität. In Zusammenarbeit mit 140 über beide Länder verteilten Partnerhochschulen bietet die DFH mit Verwaltungssitz in Saarbrücken 121 integrierte Studiengänge verschiedenster Fachrichtungen an, die eine fachlich-komplementäre sowie allgemeine bikulturelle Ausbildung gewährleisten und in die zur Zeit rund 4 000 Studierende eingeschrieben sind. Im akademischen Jahr 2004/2005 gab es 682 Absolventen. Während des Studiums ist ein mindestens dreisemestriger

Aufenthalt im Partnerland obligatorisch. Erfolgreiche Absolventen erhalten ein deutsches und ein französisches („Doppel-“) Diplom. Die DFH ist eine zwischenstaatliche Einrichtung mit eigener Rechtspersönlichkeit auf Grundlage des „Weimarer Abkommens“ vom 19. September 1997. Im Jahre 2003 hat sie sich gemäß Artikel 3 II dieses Abkommens für Kooperationen mit Hochschulen aus europäischen Drittländern geöffnet und bietet derzeit 18 trinationale Studiengänge an. Darüber hinaus verstärkte die DFH nachdrücklich ihr Engagement im Bereich der Postgraduierten- und Forschungsförderung..

c. Internationale Zusammenarbeit durch Austauschprogramme und Stipendien

Ein Schwerpunkt der AKBP im Bereich Wissenschaft und Hochschulen sind Stipendienprogramme für Studierende, Graduierte, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Dozentinnen und Dozenten, die vor allem vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD), der Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH) und der auf den deutsch-amerikanischen Austausch spezialisierten Fulbright-Kommission vergeben werden. Das Auswärtige Amt förderte diesen Programmbereich 2005 mit rund 89,4 Mio. Euro. Ziel ist es, im weltweiten Wettbewerb die besten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für eine Forschungstätigkeit in Deutschland zu gewinnen. Durch diese internationale Vernetzung sollen Spitzenleistungen deutscher Wissenschaftseinrichtungen erleichtert werden.

Um den Austausch zwischen Deutschland und den mittel- und osteuropäischen Staaten gleichgewichtiger zu gestalten, wurde 2002 vom DAAD die Initiative „Go East“ ins Leben gerufen. Seit Beginn der Kampagne wurden fast 2000 Stipendien für ein Studium an Partnerhochschulen in Mittel- und Osteuropa gewährt. Daneben wird die Möglichkeit der Teilnahme an internationalen Sommerhochschulen geboten, die in den Jahren 2003 bis 2005 über 350 deutsche Studierende wahrgenommen haben.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) pflegt die Verbindungen der Forschung zur ausländischen Wissenschaft. Aus Sondermitteln des Auswärtigen Amtes vergibt sie seit 1959 Zuwendungen zur Finanzierung der Teilnahme deutscher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an internationalen wissenschaftlichen Tagungen und Vortragsreisen.

Tsunami-Hilfe

Mit Sondermitteln des Auswärtigen Amtes fördert der DAAD seit 2005 die Ausbildung von Spezialisten auf dem Gebiet der Krisen- und Konfliktprävention aus Indien, Indonesien, Thailand und Sri Lanka. In den besonders von der Tsunami-Katastrophe betroffenen Ländern Südasiens beteiligt sich der DAAD an der Ausbildung von Expertinnen und Experten für Krisenvorsorge und Katastrophenbewältigung. Während direkt nach der Katastrophe Sofortmaßnahmen für die Studierenden vor Ort im Vordergrund standen, vergibt der DAAD seit 2005 spezielle Stipendien zur Durchführung weiterführender Studien und Forschungsvorhaben.

Die Stipendiaten werden in ihren Heimatländern u. a. durch DAAD-Lektoren auf ihren Deutschlandaufenthalt organisatorisch-fachlich und – in Kooperation mit dem Goethe-Institut – sprachlich vorbereitet. Gefördert werden Graduierte, Doktorandinnen und Doktoranden, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus allen relevanten Fachgebieten, z. B. Geowissenschaften, Ökologie, Medizin oder Krisen- und Konfliktforschung.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanziert im Rahmen des Aufbaus des Tsunami Frühwarnsystems in Indonesien Maßnahmen zum Capacity Building. Diese sollen gewährleisten, dass Aufbau und ein nachhaltiger Betrieb des Systems gewährleistet werden. Expertinnen und Experten erhalten ihre individuellen Fähigkeiten durch Austausch und technisch-wissenschaftliches Training. Die Stärkung institutioneller Kapazitäten erfolgt durch Beratung auf lokaler, provinzieller und nationaler Ebene. Die akademische Aus- und Weiterbildung besteht aus einem Gastwissenschaftlerprogramm (PostDoc) sowie einem Doktorandenprogramm (PhD), das durch das Institut für Umwelt- und menschliche Sicherheit der Universität der Vereinten Nationen in Bonn betreut wird.

d) Internationalisierung von Studiengängen

Um die Schaffung innovativer internationaler Studiengänge an deutschen Hochschulen anzuregen, hat die Bundesregierung im Jahr 1997 das Programm „Auslandsorientierte Studiengänge“ initiiert. Bis zum Jahr 2002 wurden insgesamt 62 Studiengänge für eine maximal vierjährige Förderung ausgewählt. Das vom DAAD und der Deutschen Hochschulrektorenkonferenz (HRK) durchgeführte Pilotprogramm, für das das Bundesministerium für Bildung und Forschung insgesamt rund 41 Mio. Euro bereitstellte, endete mit dem Jahr 2005.

Die im Rahmen dieses Pilotprogramms entstandenen, überwiegend englischsprachigen Studiengänge bieten eine intensive sprachliche, fachliche und außerfachliche Betreuung und führen zu den international anerkannten Abschlüssen Bachelor und Master. Etwa die Hälfte der Studierenden stammt aus dem Ausland.

Eine Ausweitung hat das Modellvorhaben durch die Schaffung des Programms „Promotion an Hochschulen in Deutschland“ (PHD) erfahren, in dem seit 2001 50 „Internationale Promotionsprogramme“ (IPP) in eine fünfjährige Förderung aufgenommen wurden. 2004 nahmen knapp 3 000 Doktorandinnen und Doktoranden, davon die Hälfte aus dem Ausland, an diesen Programmen teil. Für dieses von DAAD und DFG gemeinsam durchgeführte Förderprogramm hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung 2001 bis 2006 30 Mio. Euro bereitgestellt.

e) Internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit im Bereich Deutschland- und Europastudien

Mit fast 39 Mio. Euro förderte das Auswärtige Amt im Jahr 2005 die internationale wissenschaftliche Zusam-

menarbeit zwischen deutschen und ausländischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Im Fokus steht in diesem Bereich die Kooperation mit herausragenden wissenschaftlichen Einrichtungen an akademischen Schlüsselstandorten.

Zentrales Element ist die Förderung von Zentren für Deutschland- und Europastudien, die vom DAAD mit Mitteln des Auswärtigen Amtes seit Mitte der 90er Jahre weltweit in wichtigen Zielländern initiiert und für maximal zehn Jahre finanziell unterstützt werden. Inzwischen ist ein Netzwerk von Instituten in den USA, Kanada, Europa und Japan entstanden. 2005 wurde das neu gegründete Zentrum an der renommierten Peking-Universität als 15. Institut in die Förderung aufgenommen.

Darüber hinaus werden weitere Fachzentren mit wissenschaftlich herausragenden ausländischen Partnern gefördert, z. B. das Chinesisch-Deutsche Hochschulkolleg an der traditionsreichen Shanghaier Tongji-Universität. Auch in Russland, Südosteuropa und Ostasien werden Hochschulkooperationen auf diese Weise unterstützt. Ein anderes wichtiges Element der AKBP ist die Unterstützung deutschsprachiger Studiengänge und Fakultäten an ausländischen Hochschulen, etwa in der Türkei, Bulgarien und Ungarn.

f) Kooperationsprogramme mit entwicklungspolitischer Ausrichtung

Zur Lösung der Entwicklungsprobleme in Kooperationsländern werden akademische Führungskräfte vor Ort benötigt. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) fördert die Qualifizierung akademischer Fach- und Führungskräfte in entwicklungsrelevanten Sektoren und die Anbindung der Kooperationsländer an globale Wissensnetze. Für Programme des DAAD, der AvH und der DFG wurden 2005 insgesamt rund 27,6 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Im Rahmen der bilateralen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit förderte das BMZ im Jahre 2005 Hochschulbildung mit rund 2,2 Mio. Euro.

Über den DAAD wird mit Individualstipendien der Fachkräftenachwuchs gefördert. Das Sur Place/Drittlandstipendienprogramm zielt auf die Aus- und Fortbildung des Hochschullehrernachwuchses an ausgewählten Hochschulen in der Region (2005: rd. 6,2 Mio. Euro). Für Fach- und Führungskräfte aus Wirtschaft und Verwaltung werden an deutschen Hochschulen 35 entwicklungsländerbezogene Aufbaustudiengänge mit Stipendienquoten gefördert (2005 rund 9,8 Mio. Euro). Das BMZ-Programm „Länderbezogene Stipendien für Nachwuchswissenschaftler aus fortgeschrittenen Entwicklungsländern“ richtet sich an junge Ingenieurinnen und Ingenieure aus Lateinamerika und Asien. Dabei stellen ausländische Förderorganisationen oder die beteiligten Hochschulen Stipendien für bis zu 13-monatige Studien- und Praxisaufenthalte in Deutschland bereit. Der DAAD übernimmt in der Regel die Kosten für Sprachkurse und Betreuung (2005 rund 2,6 Mio. Euro).

Mit der AvH werden Forschungsstipendien-Programme durchgeführt, so z. B. das Georg-Forster-Forschungsstipendienprogramm, das hoch qualifizierte Wissenschaftler

aus Entwicklungsländern bei der Durchführung wissenschaftlicher Vorhaben in Deutschland unterstützt, die sich mit entwicklungsrelevanten Themen befassen (2005 rund 3,5 Mio. Euro). Über die DFG werden Forschungsk Kooperationen zwischen deutschen Forschungseinrichtungen und entsprechenden Einrichtungen in Entwicklungsländern gefördert (2005 rund 510 000 Euro).

Zur Vernetzung und Nachbetreuung der ehemaligen DAAD und AvH -Stipendiatinnen und Stipendiaten (Alumnae/Alumni) an deutschen Hochschulen untereinander sowie mit ihren Ausbildungsstätten werden Alumnae/Alumni-Programme sowie Fachliteratur- und Gerätespenden gefördert (2005 DAAD allein rund 3,2 Mio. Euro).

Seit 1997 werden über den DAAD fachbezogene Partnerschaften deutscher Hochschulen mit Hochschulen in Entwicklungsländern gefördert (2005 rund 2,1 Mio. Euro), die auf eine Verbesserung der Curricula vor Ort abzielen.

Durch die im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit durchgeführten Programme im Bereich der Wissenschafts- und Hochschulkooperation wird der personelle und infrastrukturelle Auf- und Ausbau wissenschaftlichen Potentials in Hochschulen und Forschungszentren in den Kooperationsländern unterstützt. Hier sind der DAAD, die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und die Deutsche Hochschulrektorenkonferenz im Rahmen der Hochschulmanagementaktivitäten DIES (Dialogue on Innovative Higher Education Strategies) in enger Kooperation tätig.

2. Auslandsschulwesen

Unter der Fachaufsicht des Auswärtigen Amtes fördert und berät das Bundesverwaltungsamt – Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) – deutsche Auslandsschulen und führt Lehrerinnen- und Lehrerentsendeprogramme mit Unterstützung ihrer Fachberaterinnen/-berater und Koordinatorinnen/Koordinatoren durch.

Das Auslandsschulwesen ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern. Koordinierendes Gremium ist der „Bund-Länder-Ausschuss für schulische Arbeit im Ausland“ (BLASchA). An Auslandsschulen vermittelte Lehrkräfte kommen überwiegend aus dem innerdeutschen Landesschuldienst. Die Abschlüsse deutscher Auslandsschulen sind den im Inland abgelegten Abschlüssen gleichgestellt. Das Auswärtige Amt führt mit den Ländern eine Strategiediskussion mit dem Ziel, Mitteleinsatz und Abstimmungsverfahren im Auslandsschulwesen zu optimieren. Ziel der Mitte 2004 angestoßenen umfassenden Reformprozesses ist die Sicherung von Nachhaltigkeit und Qualität der Schulen.

Die deutschen Auslandsschulen sind Orte der Begegnung und des interkulturellen Dialogs. Den Schülerinnen und Schülern sowie ihren Familien wird in nachhaltiger Weise deutsche Sprache und Kultur vermittelt. Dadurch entsteht ein starkes, weltweites Netz – wichtige Partner von morgen auch für die deutsche Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Schülerinnen und Schüler, die über die deutschen Auslandsschulen ihren Weg an deutsche Hochschulen finden, stärken zugleich den Studien- und Wissenschaftsstandort Deutschland. Das Auswärtige Amt und der DAAD bieten

den leistungsstärksten ausländischen Absolventinnen und Absolventen der deutschen Auslandsschulen seit 2001 Vollstipendien für ein Hochschulstudium in Deutschland an. Inzwischen beträgt die Zahl der Geförderten rund 150. Wegen der besonders hohen Qualität der Teilnehmer wurde 2006 die Ausweitung dieses Programms beschlossen.

Für deutsche Unternehmen ist das deutsche Auslandsschulnetz bei der Entsendung von Mitarbeitern mit ihren Familien von großer Bedeutung. Das Auslandsschulwesen berücksichtigt dies und reagiert – wo immer möglich – auf politische und wirtschaftliche Schwerpunktsetzungen.

Die Deutsche Schule Shanghai ist hierfür ein gutes Beispiel. Heute besuchen 528 Schülerinnen und Schüler die Deutsche Schule Shanghai sowie 190 Kinder den Kindergarten und die Vorschule. Das entspricht einer Verdreifachung innerhalb von drei Jahren. Die Deutsche Schule Shanghai hat sich damit zur größten Deutschen Schule in Asien entwickelt. Bereits im Herbst 2002 hatte der Schulvereinsvorstand entschieden, gemeinsam mit der Französischen Schule in der besonderen Form des EuroCampus ein Neubauprojekt aufzulegen. Im Sommer 2005 bezogen beide Schulen ein für 1 400 Schülerinnen und Schüler ausgelegtes Schulgebäude. Jeder Schulträger hat diesen Schulneubau mit jeweils zehn Millionen US-Dollar weitgehend aus Eigenmitteln finanziert. Ziel der Schulen ist eine Vernetzung des Unterrichts bis hin zur Ausgestaltung eines gemeinsamen Schulabschlusses.

Die 117 deutschen Auslandsschulen werden – auf Grundlage mit der ZfA geschlossener Leistungs- und Fördervereinbarungen – eigenverantwortlich von privaten Trägervereinen geführt. Ihre Kosten decken sie in erheblichem Umfang durch Eigenleistungen (Schulgelder und Spenden; 2005 ca. 287 Mio. Euro). Aus dem Schulfonds des Auswärtigen Amtes wurden sie 2005 mit 124,7 Mio. Euro und über den Baufonds mit 9,6 Mio. Euro gefördert.

An den 50 Begegnungsschulen, 42 deutschsprachigen Schulen und 23 landessprachigen Schulen mit verstärktem Deutschunterricht sowie zwei selbstständigen Berufsschulen werden 70 000 Schülerinnen und Schüler (davon 53 000 nichtdeutscher Nationalität) unterrichtet. Davon werden 1 100 Jugendliche in Fachoberschulen und Berufsschulen nach dem deutschen dualen System auf kaufmännische Berufe vorbereitet. An weiteren 364 Schulen im ausländischen Bildungswesen werden 162 000 Schüler in Deutsch unterrichtet und insgesamt rund 21 000 deutsche Sprach- und Abschlussprüfungen durchgeführt. 4 500 Schülerinnen und Schüler nehmen jährlich an Austauschprojekten deutscher Auslandsschulen teil.

An deutschen Auslandsschulen und Schulen mit deutscher Abteilung sind insgesamt 1 900 vermittelte Lehrkräfte und rund 5 700 Ortslehrkräfte tätig. Die Lehrerentsendeprogramme tragen wesentlich dazu bei, dass die deutsche Sprache insbesondere an den Schulen in Mittel- und Osteuropa (MOE) und in der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) einen festen Platz einnimmt. An herausgehobenen und überwiegend staatlichen Schulen mit

erweitertem Deutschunterricht erwerben die Absolventen mit dem Deutschen Sprachdiplom Stufe II der Kultusministerkonferenz (KMK) die sprachliche Zugangsvoraussetzung für ein Hochschulstudium in Deutschland.

Das Deutsche Sprachdiplom hat sich in qualitativer und quantitativer Hinsicht zu einem Instrument entwickelt, um Schüler in MOE/GUS nachhaltig an Deutschland zu binden und die Zusammenarbeit mit den dortigen Partnern langfristig im Sinne einer Ausrichtung auf europäische Bildungsstandards zu festigen. Der schulischen Förderung der deutschen Sprache wird auch in anderen europäischen Ländern verstärkte Beachtung geschenkt, z. B. in Italien und Frankreich.

Um die Partnersprache Deutsch zu stärken, wurde erstmals im Mai/Juni 2006 das Deutsche Sprachdiplom (DSD) der KMK an französischen Schulen eingeführt. Rund 8 400 französische Schülerinnen und Schüler haben die Prüfung auf Stufe A2 bzw. B1 abgelegt (Erfolgsquote 84,9 Prozent bei A2 und 50,6 Prozent bei B1). Dem Deutschen Sprachdiplom liegt der Gemeinsame Europäische Referenzrahmen für Sprachen zugrunde, ein Referenzmodell des Europarats, das die Prüfungsergebnisse international transparent und vergleichbar macht. Die Prüfung wird in Kooperation von Kultusministerkonferenz (KMK), ZfA und Goethe-Institut mit dem französischen Erziehungsministerium durchgeführt. Für die kommenden Jahre ist die Ausweitung des DSD-Angebots in Frankreich beabsichtigt.

Auch 2005 war das Auslandsschulwesen im Rahmen der Sonderprogramme Stabilitätspakt Südosteuropa und Afghanistan (Wiederaufbau der Amani-Oberrealschule und des Durani-Mädchengymnasiums) tätig.

Nach 23-jähriger Unterbrechung arbeiten seit 2004 wieder sieben von der ZfA vermittelte Lehrkräfte in Kabul an der Amani Oberrealschule für Jungen und der Aishe-Durani Schule für Mädchen. Neben dem Unterricht in Deutsch ist es ihre Aufgabe, die afghanischen Kolleginnen und -kollegen in moderner Unterrichtsgestaltung fortzubilden, den Aufbau neuer Curricula in Afghanistan zu fördern und die Schulleitungen bei der schulorganisatorischen Entwicklung zu unterstützen. 2005 kam als zweiter Aufgabenbereich die Konzeption, Koordination und Gestaltung der Lehrer/innen-/Schulleitungsfortbildung für Partnerschulen in Herat, Kunduz, Faizabad und Mazar-i-Sharif hinzu. Dieses Projekt bedeutet eine große Herausforderung, aber auch eine Chance, Einfluss auf die Schulentwicklung in den Provinzen zu nehmen. Außerdem wurden die Partnerschulen mit Infrastruktur- und Aufbaumaßnahmen gefördert, so dass sich der Aufwand des Auswärtigen Amtes für den Sekundarschulbereich in Afghanistan seit 2002 insgesamt auf 12,4 Mio. Euro beläuft.

Das Auslandsschulwesen hat sich in den vergangenen Jahren dynamisch weiter entwickelt, ein Prozess, der unter Wahrung der pädagogisch notwendigen Kontinuität

fortgeführt wird. Nahezu alle deutschen Auslandsschulen mit deutscher Reifeprüfung haben die Umstellung auf zwölf Schuljahre durchgeführt. Darüber hinaus werden englischsprachige und bilinguale Prüfungsanteile im Rahmen der neuen „Deutschen Internationalen Abiturprüfung“, die ein Angebot an die Schulen darstellt, verstärkt. Die Durchführung des Internationalen Baccalaureats an 13 Pilotschulen wird im Jahre 2006 einer ersten Evaluierung unterzogen.

In Schwerpunktregionen wurden neue Schulen gegründet (Zagreb, Pressburg) oder befinden sich im Auf- oder Ausbau (Abu Dhabi, Sharjah/Dubai, Boston, Portland, Belgrad). Um trotz angespannter Haushaltslage neue Auslandsschulprojekte realisieren zu können, werden vor allem in Regionen mit einer starken Präsenz deutscher Schulen Ansätze entwickelt, die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Schulen zu erhöhen (Marketing; Verbesserung der Einnahmen; Kostensenkung; Pilotprojekt Budgetierung). In Lateinamerika hat die ZfA einen Fachberater zusätzlich mit der entsprechenden Beratungsaufgabe betraut.

Um sich gegenüber der gewachsenen internationalen Bildungskonkurrenz zu behaupten, haben die deutschen Auslandsschulen ihr pädagogisches Angebot erweitert. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang die Einrichtung von berufsorientierenden Fachoberschulen (Brüssel, Kairo, Alexandria) und das Angebot der Fachhochschulreife nach erfolgreicher dualer Ausbildung (Quito, Lima, Buenos Aires, La Paz, Bogota, Sao Paulo, Santiago, Mexiko-Stadt) ebenso wie die systematische Studien- und Berufsberatung zur Stärkung des Studienstandorts Deutschland. Darüber hinaus haben die meisten deutschen Auslandsschulen Ganztagsangebote entwickelt.

In Leistungs- und Fördervereinbarungen mit der ZfA werden die Qualitäts- und Entwicklungsziele der Schulen festgeschrieben, deren Erreichung nach drei bis fünf Jahren überprüft wird. Unter wissenschaftlicher Anleitung betreiben deutsche Auslandsschulen seit drei Jahren ergänzend einen dreistufigen systematischen Prozess pädagogischer Qualitätsentwicklung, der in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann-Stiftung durchgeführt wird und an dessen Ende eine Zertifizierung der jeweiligen Schule steht.

3. Berufliche Bildung und Weiterbildung

Zukunftsorientierte Berufsbildungspolitik kann heute nicht mehr ohne die Einbeziehung europäischer und internationaler Entwicklungen gestaltet werden. Dabei kommt der grenzübergreifenden Kooperation in der Europäischen Union besondere Bedeutung zu (siehe Kap. II.9.a.). Aber auch über die EU hinaus hat sich in den letzten Jahren die internationale Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung intensiviert.

Die Bundesregierung fördert im Bereich der beruflichen Bildung zusätzlich zum europäischen Berufsbildungsprogramm „LEONARDO DA VINCI“ bilaterale Austauschprogramme mit Frankreich, Großbritannien, den Nieder-

landen, Polen, Tschechien, Ungarn und Norwegen, an denen 2005 ca. 2 500 junge Deutsche teilnahmen. In Arbeitsgruppen zur beruflichen Bildung mit Frankreich, den Niederlanden, Österreich, Norwegen, Russland und der Türkei werden darüber hinaus berufsbildungspolitisch relevante Fragen besprochen und Projekte initiiert. Mit Frankreich (2004) und mit Österreich (2005) wurde vereinbart, eine generelle Vergleichbarkeit von Berufsbildungsabschlüssen bestimmter Niveaus zu ermöglichen.

Der Deutsch-Französische Gipfel im April 2005 beschloss, eine Erhöhung des Austausches in der beruflichen Bildung um 50 Prozent (ausgehend von derzeit 1 700 Teilnehmern) in den nächsten fünf Jahren anzustreben. Der Austausch zwischen Deutschland und Frankreich wird vom Deutsch-Französischen Sekretariat in Saarbrücken (www.dfs-sfa.org/) durchgeführt.

Über Möglichkeiten der beruflichen Aus- und Weiterbildung im Ausland berät seit 1987 die im Auftrag und mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung eingerichtete Informations- und Beratungsstelle zur beruflichen Aus- und Weiterbildung im Ausland (IBS) bei der InWent GmbH (www.inwent.org). Die Arbeitsstelle iMOVE (International Marketing of Vocational Education; www.imove-germany.org/ mit siebensprachiger Weiterbildungsdatenbank) führt u. a. Seminarreihen zur Fortbildung deutscher Weiterbildungsanbieter durch und trägt damit zur Stärkung des deutschen Aus- und Weiterbildungsstandorts im internationalen Wettbewerb bei.

4. Deutsche Sprache

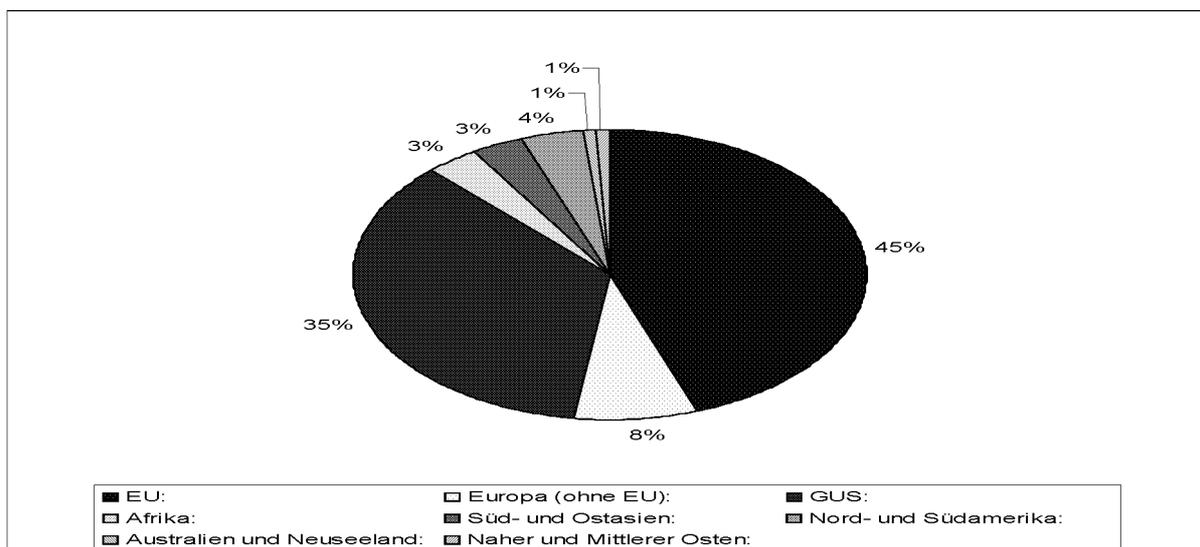
Neben Maßnahmen zur Deutschlehrer/innenfortbildung und Lehrwerksentwicklung dienten 2005 u. a. die Entsendung von 30 Fachberaterinnen und -beratern des Goethe-Instituts, von 46 Fachberaterinnen und -beratern der ZfA,

von DAAD-Lektorinnen und Lektoren für 414 Lektorate sowie das Lehrer/innenentsendeprogramm (LEP) dem Ziel der Förderung der deutschen Sprache.

Im Jahr 2005 lernten rd. 16,7 Mio. Menschen in Schulen, Hochschulen und privaten Sprachschulen Deutsch. Die größte Zahl von Deutschlernenden gibt es weiterhin in Mittel- und Osteuropa. Mit rd. 5,5 Millionen Lernenden führen Russland und Polen die Rangliste nach absoluten Zahlen an. Allerdings waren die Zahlen in Russland und in Zentralasien (insb. Kasachstan und Usbekistan) im Zeitraum 2000 bis 2005 deutlich rückläufig. Waren 2000 noch 40,03 Prozent aller Deutschlernenden weltweit in der GUS beheimatet, sind es 2005 nur noch 35,31 Prozent. In den südosteuropäischen Ländern ist das Interesse an Deutsch im Wesentlichen stabil oder wächst. In China, Vietnam, Brasilien und Westafrika sind Zuwächse zu verzeichnen, allerdings auf niedrigem Niveau. In den USA hat sich das Interesse am Erlernen der deutschen Sprache stabilisiert. In den meisten westeuropäischen Ländern nimmt das Interesse an Deutsch tendenziell eher ab, das Beispiel Frankreich zeigt aber auch, dass mit aktiver Unterstützung des Gastlandes und gezielten Werbemaßnahmen ein Negativtrend gestoppt werden kann (vgl. I.2.c.)

In Europa setzt sich die Bundesregierung gezielt für den quantitativen Ausbau und die qualitative Verbesserung des Deutschunterrichts an Schulen in den EU-Partnerländern und potenziellen Beitrittsländern ein. Dieses Engagement erfolgt sowohl bilateral als auch multilateral und stützt sich auf Mehrsprachigkeitskonzepte. Ziele sind dabei die Stabilisierung der Zahlen von Deutschlernenden an Schulen in Mittel- und Osteuropa, die Verankerung von mindestens zwei Pflichtfremdsprachen in den Schulsystemen der EU-Mitgliedsstaaten und die Verankerung von Deutschunterricht in den Staaten des westlichen Balkans.

Regionale Verteilung der Deutschlernenden 2005



Gradmesser Eurobarometer

Europäerinnen und Europäer lernen Sprachen vorwiegend in der Schule und um ihre beruflichen Chancen zu verbessern. Dies sind die wichtigsten Erkenntnisse einer Eurobarometerumfrage zur Sprachenfrage, die im Dezember 2005 im Auftrag der Europäischen Kommission durchgeführt wurde. Deutsch ist seit der EU-Erweiterung mit 63 Mio. Sprecher/innen zur zweitwichtigsten Fremdsprache nach Englisch geworden. Vor allem junge Europäerinnen und Europäer erhoffen sich lt. Eurobarometer Vorteile auf dem Gemeinsamen Europäischen Arbeitsmarkt, wenn sie neben Englisch die Verkehrssprache des größten Wirtschaftsraums in Europa erlernen. Nachholbedarf besteht hingegen in einigen alten EU-Mitgliedsstaaten, wo z. T. noch immer am traditionellen Fremdsprachenschema Englisch-Französisch festgehalten wird.

Das Auswärtige Amt fördert im Rahmen eines Sonderprogramms in den USA und Kanada Projekte, die für die deutsche Sprache werben oder den schulischen Deutschunterricht unterstützen. Ferner erhalten amerikanische Sozialkundeführerinnen und -lehrer im Rahmen des im April 2002 von der Deutschen Bank, vom Auswärtigen Amt, vom Bundespresseamt und vom Goethe-Institut gegründeten „Transatlantic-Outreach-Program (TOP)“ Gelegenheit, sich über das moderne Deutschland zu informieren und während einer Deutschlandreise eigene Eindrücke zu sammeln. Mit der Robert Bosch Stiftung konnte im Jahr 2005 ein weiterer privater Partner für das Programm gewonnen werden.

Die Sprachkurse des Goethe-Instituts im Ausland erreichen insgesamt rund 150 000 Personen, rund 49 000 Personen legen jährlich weltweit Deutschprüfungen des Goethe-Instituts ab. Etwa 220 000 Schülerinnen und Schüler, das heißt rund 1 Prozent aller Deutschlernenden an Schulen weltweit, erhielten 2005 im Rahmen des Deutschen Auslandsschulwesens intensiven Deutschunterricht. Knapp 15 000 Schülerinnen und Schüler erreichten 2005 das Deutsche Sprachdiplom der Stufen I oder II, davon rund 5 000 in MOE und GUS.

Ein erheblicher Teil der vom Bundesministerium des Innern (BMI) für die Förderung der deutschen Minderheiten in der GUS, insbesondere Russland und Kasachstan eingesetzten Mittel wurde für die Sprachförderung verwendet. Auch ein großer Teil der vom Auswärtigen Amt aufgewendeten Mittel für die kulturelle Förderung der deutschen Minderheit in MOE/GUS kommt Maßnahmen im Bereich Sprachförderung zugute.

Fehlende Deutschkenntnisse sind oft ein wichtiger Hinderungsgrund für ein Studium in Deutschland. Die Möglichkeit, im Ausland Deutsch zu lernen, kann daher die Zahl ausländischer Studienbewerberinnen und -bewerber steigern. Darüber hinaus ist es wichtig, eine einheitliche Deutschprüfung anzubieten, die im Ausland abgelegt werden kann und bei deren Bestehen die sprachlichen Bedingungen für eine Zulassung an einer deutschen Hochschule erfüllt sind. Dabei hat die auf der Niveaustufe B2

des Europäischen Referenzrahmens angesiedelte Test-DaF-Prüfung (Deutsch als Fremdsprache) weiter an Bedeutung gewonnen (2005: über 11 000 Kandidaten). 2005 waren in 75 Ländern annähernd 320 Testzentren lizenziert; die Kostendeckung aus Eigeneinnahmen lag bei rd. 65 Prozent.

Dass der Tätigkeitsbereich der Sprachförderung eine wichtige Rolle auch im Rahmen des Europäisch-islamischen Kulturdialogs spielen kann, zeigt das Beispiel der Deutschkurse für türkische Imame.

Beispiel Interkultureller Dialog mit der Türkei: Deutschkurse für türkische Imame

Das deutsch-türkische Kooperationsprojekt „Intensivsprachkurse für türkische Imame mit landeskundlichem Programm“ besteht mittlerweile seit vier Jahren. Das türkische Amt für religiöse Angelegenheiten Diyanet entsendet jährlich ca. 120 Imame zur Betreuung türkisch-muslimischer Gemeinden nach Deutschland. Zur sprachlichen und landeskundlichen Vorbereitung dieser Deutschlandaufenthalte finden am Goethe-Institut Ankara mehrwöchige Kurse statt, die aus Mitteln des Auswärtigen Amtes und des Diyanet gefördert werden. Mit den Sprach- und Landeskundekursen für Imame werden einflussreiche Multiplikatoren der deutsch-türkischen Beziehungen erreicht. Neben Grundkenntnissen der deutschen Sprache erhalten die Imame vor allem auch landeskundliche Basisinformationen und werden für die kulturellen Besonderheiten in Deutschland sensibilisiert. Damit leisten die Imam-Kurse einen wichtigen Beitrag zum interkulturellen Dialog mit der Türkei und zur Integrationsförderung türkischer Migranten in Deutschland.

Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass die von der EU-Kommission proklamierte Mehrsprachigkeit sich auch in der Sprachpraxis der EU-Institutionen widerspiegeln muss. In diesem Rahmen setzt sich die Bundesregierung dafür ein, den Status der deutschen Sprache in den europäischen Institutionen zu verbessern. Um die Zahl der deutschsprechenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in europäischen Institutionen auszuweiten, hat das Goethe-Institut im Jahr 2005 u. a. sechs Deutschkurse für EU-Bedienstete sowie für Beamtinnen und Beamte aus EU-Beitrittsländern in Deutschland durchgeführt. Diese Sprachkurse erfreuen sich einer zunehmenden Nachfrage.

5. Kulturelle Programmarbeit in Bildender Kunst, Musik, Theater, Tanz, Wissenschaft und Zeitgeschehen**a) Überblick**

Die Förderung kultureller Programmarbeit gehört zum Kernbereich der AKBP. Der Schwerpunkt liegt in der Präsentation deutscher, insbesondere zeitgenössischer Kunst und Kultur im Ausland. Die kulturelle Programmarbeit vermittelt ein Bild von der hohen Qualität und großen Vielfalt des künstlerischen Schaffens in Deutschland,

fördert die Vernetzung der Kunstschaffenden untereinander und trägt zu einem aktuellen, modernen Deutschlandbild bei.

Im Haushaltsjahr 2005 standen dem Auswärtigen Amt für Projekte der kulturellen Programmarbeit in den Sparten Literatur, Film, Fernsehen, Musik, Theater und Ausstellungen insgesamt rund 27 Mio. Euro zur Verfügung. Etwa 85 Prozent der Fördermittel stellte das Auswärtige Amt den Mittlerorganisationen der Auswärtigen Kulturpolitik, insbesondere dem Goethe-Institut mit seinem dichten Netz von Kulturinstituten (17,4 Mio. Euro für alle Kultursparten), dem Institut für Auslandsbeziehungen, dem DAAD (Berliner Künstlerprogramm) sowie der Ausstellungs- und Messe GmbH des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels zur Verfügung. Die vom Auswärtigen Amt selbst bewirtschafteten Mittel dienen insbesondere der Förderung größerer Projekte und Projektträger, die von den Mittlern nicht in ihre Programme aufgenommen werden.

Neben der Förderung deutscher bzw. aus Deutschland stammender Kunstschaffender und Kulturvorhaben im Ausland stellt das Auswärtige Amt im Sinne des Konzepts der „kulturellen Zweibahnstraße“ auch Mittel, meist über das Goethe-Institut und das Institut für Auslandsbeziehungen (ifa), für Kulturvorhaben insbesondere aus Entwicklungsländern in Deutschland bereit. Repräsentative Beispiele hierfür sind das Africa-Festival in Würzburg sowie das Ausstellungsprogramm der ifa-Kunstgalerien in Berlin und Stuttgart. Auch das Haus der Kulturen der Welt in Berlin führt mit Mitteln des Auswärtigen Amts (rund 1,2 Mio. Euro) Konzerte, Lesungen, Ausstellungen, Symposien etc. mit dieser Zielrichtung durch.

b) Bildende Kunst und Ausstellungen

Das Auswärtige Amt konzentriert sich auf die Förderung größerer zeithistorischer und Kunstaussstellungen deutscher Museen sowie die deutsche Beteiligung an bedeutenden internationalen Kunstbiennalen. Bei Ausstellungsvorhaben mit einem Fördervolumen von 50 000 Euro und mehr lässt sich das Auswärtige Amt von einem Gremium namhafter Museumsdirektoren und Kunstexperten im Kunst- und Ausstellungsausschuss beraten.

Projektbeispiel: 51. Kunstbiennale Venedig 2005

Die Kunstbiennale Venedig gilt zusammen mit der Documenta in Kassel als das bedeutendste Forum der internationalen zeitgenössischen Bildenden Kunst. Auch im Jahr 2005 fand sie beim Publikum (915 000 Besucherinnen und Besucher) und der internationalen Presse große Resonanz. Die Biennale stand erstmals unter der gemeinsamen künstlerischen Leitung der beiden renommierten Kuratorinnen Maria de Corral und Rosa Martinez, die zwei spezifische und komplementäre Ausstellungen („Experience of Art“ und „Always a Little Further“) organisierten.

70 Länder, traditionell auch Deutschland, waren mit einem nationalen Beitrag vertreten. Die Ausstellung im deutschen Pavillon mit Werken der beiden in Berlin lebenden Künstler Thomas Scheibitz (Maler und Bildhauer) und Tino Sehgal (situative, räumliche und körpergebundene Arbeiten) wurde von der damaligen Staatsministerin des Auswärtigen Amts Kerstin Müller sowie dem Kurator Dr. Julian Heynen eröffnet.

Das Auswärtige Amt, das Dr. Heynen zum Kurator des deutschen Beitrags berufen hatte, sowie die DekaBank als offizieller Partner des Deutschen Pavillons finanzierten den deutschen Beitrag gemeinsam (Anteil des Auswärtigen Amts: 250 000 Euro) Diese Kooperation wurde noch um die Deutsche Welle-TV als Medienpartner des deutschen Pavillons ergänzt. Außerhalb des deutschen Pavillons wurde der deutsche Künstler Thomas Schütte mit dem renommierten Goldenen Löwen als bester internationaler Künstler in Venedig ausgezeichnet.

Die Förderprogramme des Goethe-Instituts und des ifa legen den Schwerpunkt auf die Präsentation und Vermittlung zeitgenössischer bildender Kunst im Ausland. Das ifa konzipiert und produziert weltweit Tourneeaussstellungen mit Originalkunstwerken und fördert Projekte zeitgenössischer deutscher Künstler im Ausland. Das Goethe-Institut konzipiert und produziert kultur- und zeithistorische Dokumentationsausstellungen und übernimmt bereits kuratierte Ausstellungen deutscher Museen und Galerien für den Einsatz im Ausland. Ferner produziert und unterstützt das Goethe-Institut Einzel- und Gruppenausstellungen zur deutschen Kunst und anderen Themen im Ausland, oft in institutseigenen Galerien. Auch fördert das Goethe-Institut Begegnungsprogramme für deutsche Künstlerinnen und Künstler sowie Kuratorinnen und Kuratoren im Ausland.

Villa Aurora

Die Villa Aurora in Los Angeles ist ein internationaler Treffpunkt für Kunstschaffende und Intellektuelle und fördert den deutsch-amerikanischen Austausch in Literatur, Kunst, Wissenschaft und Politik. Das ehemalige Wohnhaus Lion Feuchtwangers ist auch ein Kulturdenkmal des europäischen Exils an der amerikanischen Westküste. Damit erinnert die Villa Aurora an maßgebliche Repräsentanten des deutschen Kultur- und Geisteslebens, die in Pacific Palisades Zuflucht vor der Verfolgung durch das nationalsozialistische Regime fanden. Der Verein Villa Aurora feierte 2005 sein zehnjähriges Bestehen. Seit der Gründung 1995 hat er mit Hilfe des Auswärtigen Amts mehr als 130 Kunstschaffende unterstützt, die in der Villa Aurora als Stipendiaten gelebt und gearbeitet haben.

Die Arbeit des Vereins Villa Aurora wurde 2005 mit rund 128 000 Euro institutionell gefördert. Für die Umsetzung des Stipendiatenprogramms und weiterer kultureller Projekte erhielt er von Auswärtigem Amt und von dem Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) weitere 386 000 Euro.

c) Musik, Theater und Tanz

Projekte im Bereich Musik/Theater/Tanz werden in erster Linie vom Goethe-Institut durchgeführt. Das Auswärtige Amt fördert direkt einzelne Großprojekte mit besonderer kulturpolitischer Bedeutung sowie Kulturprogramme bei Reisen des Bundespräsidenten, der Bundeskanzlerin und des Bundesministers des Auswärtigen.

Die Musik spielt in der Wahrnehmung der deutschen Kultur im Ausland eine besondere Rolle. Konzerte deutscher Musikerinnen und Musiker im Ausland und die Zusammenarbeit mit lokalen Künstlern im Ausland sind besonders geeignet, diese ausgeprägte Musikkultur im Ausland zu vermitteln und auch über Sprachbarrieren hinweg Zusammenarbeit und Verständigung zu schaffen. Die musikalische Auslandsarbeit des Goethe-Instituts auf der professionellen Ebene umfasst die Konzeption, Besetzung und Durchführung von Einzelkonzerten, Tourneen, Meisterkursen, Workshops und Symposien. Im Amateur- und Nachwuchsbereich fördert das Goethe-Institut musikalische Austauschprojekte, die die Begegnung zwischen Menschen verschiedener Länder durch die gemeinsame künstlerische Arbeit ermöglichen.

Projektbeispiel: Choraustausch mit Afrika

Der Osnabrücker Jugendchor unter seinem erfahrenen Leiter Johannes Rahe, der als Chordirigent mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes Chorleiter innerhalb und außerhalb Europas ausgebildet hat, war im Sommer 2004 auf Einladung von fünf Chören in Ghana und Burkina Faso. Zwischen den Chören war schon Monate vorher Notenmaterial ausgetauscht worden. Das Ergebnis wurde in neun Konzerten, sechs Gottesdiensten und einer Radio-Livesendung vorgestellt. Dabei führte das bewusste Konzept der Annäherung und des Austausches sehr verschiedener Lebens- und Gesangstile – die Afrikanerinnen und Afrikaner probten europäische Chormusik und die Osnabrücker Chorgesänge in sieben afrikanischen Sprachen – zu bewegenden Ergebnissen. Fortgesetzt wurde dieses einmalige interkulturelle Experiment mit einem Gegenbesuch des Partnerchores aus Burkina Faso anlässlich des Weltjugendtages in Deutschland 2005 und einer anschließenden Tournee mit elf Konzerten und Gottesdiensten in Deutschland. Der enge Kontakt wurde durch das Wohnen in Gastfamilien noch verstärkt und führte zu einem einmaligen beidseitigen Lernprozess über die jeweils anderen Lebenshaltungen und -umstände.

Auch deutsches Theater ist im Ausland für seine Vielfalt und die hervorragende Qualität seiner Ensembles bekannt. Das Goethe-Institut vermittelt und fördert Gastspiele deutscher Theater und Tanzensembles im Ausland und ist Partner internationaler Koproduktionen. Über seine Auslandsinstitute trägt es mit vielen kleineren Projekten – wie etwa Gastregien/Gastchoreografien, Workshops, Szenische Lesungen neuer deutscher Dramatik – zum Austausch im Theaterbereich bei. Die „kulturelle Zweibahnstraße“ findet ihren Ausdruck in einem gemein-

sam mit dem Internationalen Theaterinstitut durchgeführten Hospitationsprogramm für ausländische Theaterleute sowie der Förderung von Gastspielen aus Transformations- und Entwicklungsländern.

Projektbeispiel: Theaterarbeit im Iran

Seit 2002 ist Deutschland mit Gastspielen beim Internationalen Fajr-Festival Teheran präsent (es gastierten das Theater Mülheim an der Ruhr, das Berliner Ensemble, das Staatstheater Stuttgart und das Theater im Marienbad, Freiburg). 2005 wurde das Festival mit der Premiere einer Koproduktion des Dramatic Art Center mit dem Goethe-Institut (und unterstützt durch den Hauptstadtkulturfonds) eröffnet, die die Choreografin Helena Waldmann mit sieben renommierten iranischen Schauspielerinnen und Tänzerinnen im Iran erarbeitet hat. „Letters from Tentland“, die erste Gastchoreografie einer westlichen Choreografin im Iran, wurde nach der Teheraner Premiere zu Gastspielen bei zahlreichen wichtigen Festivals in aller Welt eingeladen (u. a. Biennale Venedig, Julidans Amsterdam, Schaubühne Berlin, Tanzplattform Deutschland, São Paulo, Seoul, Theaterspektakel Zürich, Impulstanz Wien, Caracas und Quito).

d) Wissenschaft und Zeitgeschehen

Die Darstellung gesellschaftspolitischer und kultureller Themenfelder, die Auseinandersetzung über Werte, über Menschenrechte, die Grundlagen von Partizipation und eine nachhaltige Krisenprävention sind von zentraler Bedeutung für die deutsche AKBP. Von Deutschland als dem Land der „Dichter und Denker“ erwarten die Partner einen fundierten und ausgewogenen Beitrag zum internationalen Diskurs über Herausforderungen unserer Zeit.

Publikationen, gedruckt und im Online-Format, ergänzen Veranstaltungen zu Streitfragen, ethischen und kulturellen Debatten, Podiumsdiskussionen und Konferenzen an den Goethe-Instituten in aller Welt und in Deutschland.

6. Druck- und audiovisuelle Medien

a) Buch und Literatur

Das Buch bleibt auch in Zeiten elektronischer Medien ein wichtiges Medium der AKBP. Seine grenzüberschreitende Verbreitung ist für den Gedankenaustausch und die freie Meinungsbildung unverzichtbar. Deutschland steht international für eine ausgeprägte Buch- und Lesekultur.

Um am internationalen Kulturaustausch teilhaben zu können, darf der literarische Austausch nicht von Sprachgrenzen aufgehalten werden. Der Übersetzungsförderung wird daher große Bedeutung beigemessen, sie wurde im Jahr 2005 mit insgesamt fast 1 Mio. Euro unterstützt. Der größte Teil dieser Mittel fließt in das Übersetzungsförderungsprogramm des Goethe-Instituts, das Übersetzungen aus dem Deutschen in andere Sprachen unterstützt. Außerdem fördert das Literarische Colloquium Berlin und die Gesellschaft zur Förderung der Literatur in Afrika,

Asien und Lateinamerika mit Mitteln des Auswärtigen Amtes Übersetzungen ins Deutsche.

Der kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung des Buches entsprechend werden vom Auswärtigen Amt auch die Auslandsaktivitäten des deutschen Verlagswesens gefördert. Das Auswärtige Amt unterstützte dabei die deutsche Beteiligung an internationalen Buchmessen sowie vier Buchinformationszentren (Moskau, Bukarest, Warschau, Peking) und das „German Book Office“ in New York im Jahr 2005 mit insgesamt über 1,2 Mio. Euro. Die Umsetzung erfolgte in Zusammenarbeit mit der Frankfurter Buchmesse. Im Inland werden das Internationale Zentrum, das Übersetzerzentrum sowie das Verlegereinladungsprogramm auf der Frankfurter Buchmesse ebenso unterstützt wie das Veranstaltungsforum Café Europa der Leipziger Buchmesse.

Das Auswärtige Amt förderte ferner die Bibliothek des ifa als bedeutende Dokumentationsstelle der deutschen Kulturbeziehungen zum Ausland. Über DFG und Goethe-Institut wurden Bücher- und Zeitschriftenspenden für ausländische Bibliotheken, wissenschaftliche Institutionen und wichtige sonstige Multiplikatoren gewährt.

Sympathie für Deutschland zu schaffen heißt immer auch: offene und pluralistische Informationszugänge zur gegenwärtigen kulturellen und gesellschaftlichen Wirklichkeit in Deutschland zu schaffen. Hierfür unterhält das Goethe-Institut mit Partnern vor Ort ein Netz von rund 100 Informationszentren und Bibliotheken sowie über 70 Lesesälen, Dialogpunkten und Partnerbibliotheken. Bilinguale Schulen und Hochschulen erhalten ebenfalls Unterstützung beim Auf- und Ausbau ihrer Bibliotheken.

Projektbeispiel: Irak – Aufbauarbeit unter schwierigen Bedingungen

Bereits 2003 hat das Goethe-Institut den Aufbau der Bibliothek der Germanistischen Fakultät der Universität Bagdad mit Büchern und Medien unterstützt (20 000 Euro). 2004 und 2005 führte eine Reihe von gezielten Fortbildungsmaßnahmen für irakische Spezialisten das lange abgeschlossene Land wieder an die internationalen Informationsnetze heran. Es wurden dauerhafte Kontakte mit deutschen Einrichtungen wie der MENALIB (Middle East Virtual Library) in Halle vermittelt. Auf Einladung der Universität Bielefeld haben im Herbst 2005 zwei irakische Experten eine Webseite entwickelt, die die Kontakte koordiniert und Online-Ressourcen verfügbar macht (<http://iraklib.ub.uni-bielefeld.de/>). Seit 2005 ist ein deutscher Dialogpunkt in Bagdad eröffnet, der allen Bürgerinnen und Bürgern Informationen aus Deutschland zugänglich macht.

Mehrsprachige Internetangebote und Portale zur strukturierten Erschließung deutschlandbezogener Information, insbesondere des Goethe-Instituts (www.goethe.de/tanz bzw. www.goethe.de/film bzw. www.goethe.de/bibliothek; www.filmportal.de) geben den Zielgruppen der AKBP aktuell und zuverlässig Auskunft über ihre Interessensgebiete. Elektronische Dienste und

neue Formen der Informationsvermittlung wie Newsletter, aber auch Foren im Internet wie das deutsch-arabische Jugendportal Li-Lak ermöglichen die direkte Kommunikation mit und zwischen an Deutschland Interessierten. Durch Internet-Angebote ergänzt, können auch die Kulturzeitschriften ein ganz neues Potential entfalten.

Vom Auswärtigen Amt im Jahr 2005 geförderte Zeitschriften:

- Humboldt: Regionalzeitschrift für Lateinamerika, Spanien und Portugal, Herausgeber: Goethe-Institut, erscheint zweimal jährlich in Spanisch und Portugiesisch; durch Online-Auftritt ergänzt;
- Fikrun Wa-Fann: Regionalzeitschrift für den arabischen Raum, Herausgeber: Goethe-Institut, erscheint zweimal jährlich in Arabisch, Persisch (Farsi) und Englisch; durch Online-Auftritt ergänzt;
- Kulturaustausch: Fachzeitschrift für den internationalen Kulturaustausch der Bundesrepublik Deutschland, Herausgeber: ifa, erscheint viermal jährlich in Deutsch;
- Dialog: Deutsch-Polnisches Magazin, Herausgeber: Deutsch-Polnische Gesellschaft Berlin, erscheint zweimal jährlich in Deutsch und Polnisch;
- Kulturjournal: Synopse aktueller deutscher Kulturberichterstattung, Herausgeber Goethe-Institut; erscheint zweimal jährlich auf Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch und Russisch. Das Kulturjournal wird ab 2006 zugunsten des Ausbaus von Internetangeboten eingestellt;
- Die Auslandszeitschrift „Deutschland“, Magazin für Politik, Kultur und Wirtschaft; Herausgeber: Societätsverlag, Frankfurt am Main, in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt erscheint sechsmal im Jahr in Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Portugiesisch, Türkisch, Russisch, Arabisch, Chinesisch, Japanisch und Iwrith, mit elf Regionalteilen. Über zeitgenössische Kunst und Kultur aus Deutschland berichten prominente Journalistinnen und Journalisten.

b) Film

Spiel- und Dokumentarfilme sind besonders geeignet, das moderne Deutschland und seine vielfältige Kultur einem breiten und jungen Publikum im Ausland vor Augen zu führen. Die digitale Zukunft hat auf breiter Front auch in die kulturelle Filmarbeit Eingang gefunden. Fast alle Neuanschaffungen können ab 2006 digital zur Verfügung gestellt werden, vier digitale Goethe-Kinos in Athen, Prag, Lissabon und London bieten laufend hochwertige Dokumentarfilmprogramme, die technisch überholten 16-mm-Bestände werden sukzessive auf digitale Träger überführt.

Die Filmarbeit der Goethe-Institute unterstützt auch das Filmschaffen in Transformationsländern durch Einladung

deutscher Filme und Regisseure, sowie durch Hilfe beim Aufbau internationaler Filmfestivals und beim Anschluss an die internationale „Film-Gemeinde“. Für den Vertrieb von Produktionen des deutschen Films und deutscher Fernsehprogramme fällt der AKBP in jenen Regionen der Welt eine wichtige Aufgabe zu, deren wirtschaftliche Entwicklung wenig kommerzielle Ansätze erlaubt.

In Ländern mit kommerziell entwickelter Filmindustrie wie Australien, den USA oder Japan und Korea dienen die Programme des Goethe-Instituts immer wieder auch als nicht-kommerzielle Plattformen einer daran anschließenden kommerziellen Verwertung. Künftige Film-Märkte können durch die kontinuierliche Filmarbeit der Goethe-Institute auf eine spätere kommerzielle Verwertung vorbereitet werden. Derzeit geschieht dies in China durch jährlich groß angelegte Deutschland-Präsentationen in Peking, sowie beim größten Filmfestival Chinas, dem internationalen Filmfestival in Shanghai. Das Beratungszentrum für die internationale, kommerzielle Verbreitung deutscher Filme „German Films“ flankiert diese Projekte finanziell und logistisch.

Für die internationale Filmarbeit standen 2005 insgesamt 4,37 Mio. Euro zur Verfügung. Durchschnittlich laufen – von Goethe-Instituten und Auslandsvertretungen vermittelt – an jedem Tag 68,4 deutsche Filme im Ausland. Sie erreichen ein stabiles jährliches Publikum von ca. 1,5 Millionen Zuschauerinnen und Zuschauern.

Daneben fördert das Auswärtige Amt auch die Präsentation ausländischer Filme bei deutschen Filmfestivals (z. B. Internationale Filmfestspiele Berlin und Filmfestival Cottbus) und die Einladung ausländischer Regisseure nach Deutschland, um die persönliche Begegnung und den Dialog zwischen deutschen und ausländischen Filmschaffenden zu ermöglichen.

c) Deutsche Welle

Der deutsche Auslandsrundfunk „Deutsche Welle“ (DW), für den der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) federführend ist, hat als autonome Rundfunkanstalt des Bundesrechts die Aufgabe, Deutschland als europäisch gewachsene Kulturnation und freiheitlich verfassten demokratischen Rechtsstaat im Ausland zu vermitteln. Dabei soll wesentlichen Themen vor allem aus Politik, Kultur und Wirtschaft in Europa und anderen Kontinenten ein Forum gegeben werden. Ziel ist es, das Verständnis und den Austausch der Kulturen und Völker zu unterstützen. Die Deutsche Welle fördert dabei insbesondere auch die deutsche Sprache.

Die Deutsche Welle steht vor allem im TV-, aber auch im Hörfunk-Bereich in immer stärkerem Wettbewerb mit neuen (TV-)Auslandssendern – neben BBC World, RFI beispielsweise Al Jazeera. Der Wettbewerb um Marktanteile global operierender (Satelliten-)TV-Sender entwickelt sich rasant weiter.

DW-RADIO verbreitet Programme in Deutsch und 28 Fremdsprachen insbesondere über Kurzwelle und Satellit. DW-TV sendet via Satellit ein 24-stündiges Programm in Deutsch, Englisch, Spanisch und Arabisch.

Über 5 000 Partnersender in aller Welt übernehmen Programme von DW-TV und DW-RADIO ganz oder in Teilen und strahlen sie terrestrisch, über Kabel oder digitale Plattformen wieder aus („Rebroadcasting“). Die Verbreitung von DW-Angeboten über digitale Plattformen gewinnt eine immer größere Bedeutung. Die von der DW maßgeblich mitentwickelte Ausstrahlung von Hörfunkprogrammen über die digitale Kurzwelle (Digital Radio Mondiale/DRM) ist hier wegweisend. Steigende Nutzerzahlen verzeichnet das Internetportal www.dw-world.de/, das Informationen aus Deutschland und Europa sowie Serviceangebote in 30 Sprachen bietet.

Zur Erfüllung ihrer institutionellen Aufgaben erhielt die DW 2005 aus Mitteln des BKM 270 Mio. Euro. Im Rahmen des Stabilitätspaktes für Südosteuropa unterstützte das Auswärtige Amt 2005 mit ca. 450 000 Euro Projekte der DW, die dem Aufbau und der Festigung demokratischer Strukturen und Medien dienen.

Die von DW-TV in Berlin produzierten Nachrichten in Dari und Paschtu haben es einer breiten Bevölkerungsschicht in Afghanistan ermöglicht, internationale Entwicklungen im Fernsehen mitzuverfolgen. Das Engagement der DW trägt damit zur Entwicklung einer freien politischen Meinungs- und Willensbildung bei (Bewilligung 2005: 950 000 Euro). Im Rahmen des Stabilitätspaktes Afghanistan unterstützte das Auswärtige Amt 2005 mit 427 000 Euro weitere DW-Projekte (Ausstattungshilfe des afghanischen staatlichen Fernsehens und Rundfunk RTA). RTA übernimmt die Nachrichtenproduktion im September 2006 in Eigenregie von der DW.

Einen wichtigen Beitrag beim Aufbau demokratischer Strukturen und Medien leistet auch die DW-Akademie mit den Fortbildungszentren für Hörfunk (Bonn) und Fernsehen (Berlin). Die DW-Akademie ist der DW angegliedert, erhält jedoch ihren Auftrag und den überwiegenden Teil der Gelder durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Die AKBP über das Medium Fernsehen wurde auch durch die DW-Marke TransTel, einer Kooperation mit ZDF und ARD, unterstützt, die deutsche Fernsehprogramme mit kulturellen Inhalten an ausländische Sender, insbesondere in Entwicklungsländern, verkauft und 2005 mit ca. 2,5 Mio. Euro überwiegend vom Auswärtigen Amt finanziert wurde.

d) Elektronische Medien

Die rasante Entwicklung des Internets eröffnet große Chancen für die AKBP: Das Informationsangebot des Auswärtigen Amtes zu AKBP-Themen ist unter www.auswaertiges-amt.de/www/de/aussenpolitik/kulturpolitik/ verfügbar. In fünf Sprachen bietet das von der Bundesregierung initiierte Portal www.deutschland.de eine Sammlung wichtiger Verweise auf deutsche Informationsangebote einschließlich kultureller Themen. Alle Mittlerorganisationen der AKBP besitzen mit eigenen Homepages, einer gemeinsamen Plattform (www.deutsche-kultur-international.de) und speziellen Onlinediensten ein breitgefächertes multimediales Angebot.

7. Jugend, Schülerinnen und Schüler, Sport, Kirchen

a) Jugend

Die Jugend ist eine zentrale Zielgruppe der deutschen AKBP. Viele der Jugendlichen, die heute überall auf der Welt über Deutsche Auslandsschulen, Stipendienangebote oder Kultur- und Begegnungsveranstaltungen mit Deutschland in Kontakt kommen, werden in der Zukunft ein dichtes Netz an Freunden und Kennern unseres Land bilden. Ein wichtiges Instrument für das Erreichen dieser Zielgruppen ist der internationale Schüler- und Jugendaustausch. Deutschland unterhält auf Regierungsebene bilaterale jugendpolitische Beziehungen zu rund 20 Staaten. Unter Einschluss der Jugendwerke mit Frankreich und Polen wurden hierfür 2005 rund 33 Mio. Euro aufgewendet. Umfassende Informationen zu den Jugendaustauschprogrammen sind auf der Website des Internationalen Jugendaustausch- und Besucherdienstes der Bundesrepublik Deutschland (www.ijab.de) und folgenden bilateralen Websites erhältlich:

- Deutsch-Französisches Jugendwerk: www.dfjw.org
- Deutsch-Polnisches Jugendwerk: www.dpjw.org
- Deutsch-israelischer Jugendaustausch: www.conact-org.de
- Deutsch-tschechischer Jugendaustausch: www.tandem-org.de
- Deutsch-russischer Jugendaustausch: www.stiftung-drja.de
- Deutsch-britischer Jugendaustausch: www.the-voyage.com
- Kooperation im Ostseeraum: www.balticseadesk.org

Die Mittel für das im Jahr 2000 verabschiedete EU-Aktionsprogramm JUGEND mit einer Laufzeit von 7 Jahren (2000 bis 2006) wurden nach dem im Mai 2004 vollzogenen Beitritt der zehn neuen Mitgliedstaaten von 520 Mio. Euro auf 712,3 Mio. Euro erhöht. Mit dem Programm wurden 2005 169 000 Jugendliche im Alter zwischen 15 und 25 Jahren gefördert, die an europäischen Jugendprojekten oder einem europäischen Freiwilligendienst teilnahmen.

Für Deutschland verwaltet die Agentur „Jugend für Europa“ (www.webforum-jugend.de) mit Sitz in Bonn unter der Fachaufsicht des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die von der EU-Kommission bereit gestellten Programmmittel. Im Jahr 2005 hat die Agentur ca. 1.800 Projekte mit ca. 14.500 Teilnehmenden gefördert. Ziel aller Aktionen war „die Einbeziehung von Jugendlichen, die von Ausgrenzung bedroht sind“.

Im Juli 2004 hat die Europäische Kommission einen Vorschlag für das Anschlussprogramm „Jugend in Aktion“ (Laufzeit: 2007 bis 2013) vorgestellt. Auf der Grundlage des Weißbuchs „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ wurden 2005 die ersten nationalen Umsetzungsberichte in

den Bereichen Partizipation und Information erstellt. Die Berichte stellen eindrucksvoll die umfangreichen Maßnahmen und Projekte dar, die in den letzten Jahren auf nationaler, regionaler und örtlicher Ebene umgesetzt wurden:

Die Schlussfolgerungen des Europäischen Rats vom 22. bis 23. März 2005 enthalten die Annahme des Europäischen Pakts für die Jugend. Der Weißbuchprozess erhält damit auch im Kontext des Lissabon-Prozesses erstmalig breite politische Aufmerksamkeit. Der Europäische Pakt für die Jugend soll zur Verwirklichung der Wachstums- und Beschäftigungsziele von Lissabon beitragen, die allgemeine und berufliche Bildung, die Mobilität sowie die berufliche und soziale Eingliederung der europäischen Jugend verbessern und zugleich die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familienleben erleichtern. Gleichzeitig wurde die Einbeziehung der für Jugendfragen zuständigen Ministerien in den Lissabon-Prozess erreicht, womit eine bessere interne Koordinierung und eine stärkere Berücksichtigung der Jugendfragen bei politischen Initiativen sichergestellt werden.

b) Schülerinnen und Schüler

Der Pädagogische Austauschdienst (PAD, siehe Kap. III.6.) führt im Auftrag des Auswärtigen Amtes Austauschmaßnahmen im Schulbereich durch. Im Kalenderjahr 2005 wurden über 16.500 deutsche und ausländische Schülerinnen und Schüler über Schulpartnerschaften mit den USA („German-American Partnership Program“ als das größte Einzelprogramm des Auswärtigen Amtes im Bereich Schüleraustausch), den MOE/GUS-Staaten, Israel und den Palästinensischen Gebieten gefördert. Im Rahmen des im Jahr 2000 eingerichteten Johannes-Rau-Programms kamen 2005 erneut 20 Schülerinnen und Schüler aus Israel nach Deutschland. Außerdem waren das Internationale Preisträgerprogramm mit ca. 900 Teilnehmenden sowie das Sonderprogramm Studienstandort Deutschland, das Fremdsprachenassistentenprogramm und das Sonderprogramm „Wir lernen uns kennen“ als Teil des Europäisch-Islamischen Kulturdialogs bedeutende Foren der Begegnung. Im Mai 2005 fand eine Fachtagung zu „100 Jahre Fremdsprachenassistentenprogramm“ im Auswärtigen Amt statt.

Über die Begabten- und Nachwuchsförderung unterstützt das Bundesministerium für Bildung und Forschung die Begegnung begabter junger Menschen. So standen große Bundeswettbewerbe wie „Jugend forscht“ und der „Bundeswettbewerb Fremdsprachen“ auch 2005 für Schülerinnen und Schüler der Deutschen Schulen im Ausland offen.

Über das deutsche UNESCO-Schulnetz, das vom Auswärtigen Amt gefördert wird, nahmen im Schuljahr 2004/2005 etwa 15 000 Schülerinnen und Schüler aus 120 UNESCO Projektschulen an Begegnungen, Partnerschaften und Austauschprojekten zwischen Schulen in Deutschland und 60 anderen Ländern teil. Beispiele für internationale Seminare sind der Workshop „Tradition und Moderne in der arabischen Welt“ im November 2005

in Tripoli/Libanon und das 34. Internationale Schülerseminar der UNESCO-Projektschulen im November/Dezember 2005 in Berlin mit Schülerinnen und Schülern aus sieben Ländern, das dem Thema „West-Ost. Nachhaltigkeit lernen“ gewidmet war.

c) Sport

Als Teil der AKBP unterstützt das Auswärtige Amt die Sportzusammenarbeit mit der Dritten Welt, den MOE/GUS-Staaten, der VR China und der Mongolei. 2005 wurden für diesen Bereich 2,7 Mio. Euro eingesetzt. Über den Stabilitätspakt wurden ferner Projekte in Afghanistan gefördert. Schwerpunkt der Fördermaßnahmen sind die Traineraus- und -fortbildung (insbesondere Fußball und Leichtathletik, Behinderten- und Frauensport).

Das Nationale Olympische Komitee (heute: Deutscher Olympischer Sportbund), die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, die Spitzenverbände des Deutschen Sports, insbesondere der Deutsche Fußball-Bund (DFB) und der Deutsche Leichtathletikverband (DLV) sowie die Sportwissenschaftliche Fakultät der Universität Leipzig und die DLV-Trainerschule in Mainz führen mit Mitteln des Auswärtigen Amtes Kurz- und Langzeitprojekte sowie Trainerkurse durch. Sportgerätespenden werden über das Goethe-Institut abgewickelt.

Die Sportförderung des Auswärtigen Amtes dient dem Auf- und Ausbau des Breitensports in den Partnerländern. Sie leistet damit einen aktiven Beitrag zum Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen in diesen Ländern. Hinzu kommt ein hohes Maß an Sympathiewerbung für Deutschland über diesen Bereich der bilateralen Zusammenarbeit.

Im Vorfeld der Fußball-WM 2006 wurde 2005 aus dem Sporttitel ein Sonderkurs Fußball für ausländische Trainerinnen und Trainer sowie Sportlehrerinnen und -lehrer an der Universität Leipzig finanziert und die Zahl der Teilnehmerplätze für den Trainerlehrgang des DFB in Hennef um 50 Prozent erhöht.

d) Kirchen

Aus dem Kulturhaushalt des Auswärtigen Amtes wird die kulturelle Auslandsarbeit der evangelischen und der katholischen Kirche gefördert. Die Fördermittel kommen Austausch- und Begegnungsprojekten mit den Gastländern zugute und dienen der kulturellen Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Angehörigen des Gastlands. Auch die kirchlichen Missionswerke erhalten hierfür Fördermittel. Der Gesamtbetrag der von der Bundesregierung für die kulturelle Auslandsarbeit der Kirchen und Missionswerke bereitgestellten Mittel betrug im Jahr 2005 ca. 2 Mio. Euro.

8. Das Kulturerhalt-Programm

Im Rahmen des 1981 geschaffenen Kulturerhalt-Programms wurden vom Auswärtigen Amt im Jahr 2005 insgesamt 69 Projekte in 41 Ländern mit einem Finanzvolu-

men von 1,61 Mio. Euro durchgeführt. Ziel des Kulturerhalt-Programms ist der Erhalt des kulturellen Erbes in Entwicklungsländern, aber auch des deutschen Kulturerbes weltweit. Es erlaubt, mit relativ überschaubarem Mitteleinsatz Deutschland als ein Land zu vermitteln, das sich für die Bewahrung der kulturellen Identität seiner Partnernationen und damit für den Dialog der Kulturen einsetzt. Zugleich wirkt sich das Engagement in der für das Weltkulturerbe verantwortlichen UNESCO positiv aus.

Projektbeispiel: Innovative Methoden zur Kartierung archäologischer Stätten

Im Jahr 2005 förderte das Auswärtige Amt das Projekt „Kartierung archäologischer Stätten im Irak mittels Satellitenbildern“. Es handelt sich um das bisher innovativste Projekt des Kulturerhalt-Programms: Erstmals arbeiteten Archäologinnen und Archäologen sowie Physikerinnen und Physiker mit modernen Fernerkundungsmethoden Hand in Hand. Durchgeführt wurde das Projekt vom Deutschen Archäologischen Institut (DAI) Berlin in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) Oberpfaffenhofen, dem Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege München, der Firma Definiens AG München und der European Space Imaging GmbH München. Unmittelbares Ziel des Projekts war es, den Zustand irakischer Kulturstätten zu erfassen, solange die Sicherheitslage einen Aufenthalt vor Ort verbietet. Die Methode kann dort konkret beim frühzeitigen Eingriff gegen Raubgrabungen helfen. Die weitere Zielsetzung des Projekts geht jedoch weit über die Region Irak hinaus: Erweiterung der Methodik auf strukturell andere Testgebiete im internationalen Bereich sowie Kooperation mit der UNESCO zur regelmäßigen Kartierung von Weltkulturerbestätten.

9. Kulturgüterrückführung

a) Rückführung kriegsbedingt verlagert Kulturgüter

Die Bundesregierung setzt sich für die Rückführung kriegsbedingt aus Deutschland verlagert oder entworfener Kulturgüter ein. Dies betrifft zum einen Kulturgüter, die zum Schutz vor Bombardierungen während des 2. Weltkriegs in ehemals zu Deutschland gehörende Gebiete ausgelagert wurden, die nach Kriegsende dann aber anderen Staaten zufielen (vor allem Sowjetunion/Russland, Polen). Zum anderen handelt es sich dabei um massive Beschlagnahmeaktionen sowjetischer Stellen in ihrer Besatzungszone während und nach dem Krieg, die nicht vom Völkerrecht gedeckt sind. Diese so genannte Beutekunst wurde zum Teil in den Gliedstaaten der Sowjetunion verteilt.

Die Bundesregierung führt derzeit Rückführungsverhandlungen u. a. mit der Russischen Föderation, der Ukraine, Armenien, Aserbaidschan, Georgien und Polen. Sie verfolgt das Ziel, mit den Partnerländern einvernehmliche Lösungen zu finden. Dabei sieht sie einerseits die histori-

sche Belastung dieser sensiblen Frage, andererseits steht sie zu ihrer Verpflichtung, auf allen Feldern – auch auf dem Gebiet des internationalen Kulturgüterschutzes – für die Unverletzlichkeit des Völkerrechts einzutreten.

Die Problematik der Rückführung kriegsbedingt verlagerter Kulturgüter ist ein politisch bedeutsamer Teil der bilateralen Beziehungen zu den betreffenden Staaten. Die Bundesregierung handelt bei ihrem Bemühen um die Rückführung von Kulturgütern in enger Abstimmung mit den Bundesländern sowie Museen, Bibliotheken, Archiven und privaten Sammlungen als den Eigentümern der betreffenden Kulturgüter. Sie begrüßt, dass das Rückführungsthema gegenüber den genannten Staaten auch in Kontakten auf parlamentarischer Ebene von deutscher Seite zur Sprache gebracht wird, und unterstützt die von der Beutekunstproblematik betroffenen Einrichtungen in Deutschland beim Aufbau von Beziehungen zu Partnerinstitutionen in den Ländern, in denen sich die deutschen Kunstwerke gegenwärtig befinden. Im Einzelnen stellt sich die Lage wie folgt dar:

Beispiel Russische Föderation: Für die Verhandlungen mit der Russischen Föderation ist federführend der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien zuständig. Die Verhandlungen gestalteten sich vor dem Hintergrund der innerrussischen Rechtslage (Beutekunstgesetz) und der Stimmung der Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag des Sieges über Deutschland als schwierig. Bei den Deutsch-Russischen Regierungskonsultationen am 20./21. Dezember 2004 in Hamburg/Schloss Gottdorf wurde die Einrichtung von bilateralen Arbeitsgruppen vereinbart. Mitglieder der Arbeitsgruppen sind neben den staatlichen insbesondere Vertreter der betroffenen großen Einrichtungen beider Seiten. Die Arbeitsgruppe zur Silbersammlung des Herzogs von Anhalt hat ihre konstituierende Sitzung am 15. April 2005 in St. Petersburg abhalten können. Die übrigen Arbeitsgruppen sind bis Oktober 2006 noch nicht zusammengetreten.

Am 26. April 2005 wurde in der Berliner Gemäldegalerie durch die Bundesregierung ein Gemälde aus dem 17. Jahrhundert an Regierungsvertreter der Russischen Föderation übergeben. Das Kunstwerk mit dem Titel „Reiterschlacht“ war nach 1945 in das Depot der Gemäldegalerie als Fremdbesitz in Verwahrung gegeben worden und wurde mit Hilfe der bei der Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste in Magdeburg eingerichteten Website www.lostart.de identifiziert.

Am 28. April 2005 wurde eine Replik einer im Zweiten Weltkrieg zerstörten griechischen Statue eines betenden Knaben aus Schloss Sanssouci für das Zarenschloss Peterhof (ein Geschenk der Stiftung Preußischer Kulturbesitz) in St. Petersburg übergeben.

Am 10. Juni 2005 konnte im Neuen Palais in Potsdam die Vereinbarung über einen Gemäldetausch unter wechselseitiger Eigentumsübertragung umgesetzt werden, mit der vier im Charlottenburger Schloss befindliche Wandgemälde aus russischem Eigentum (bis 1943 in der russi-

schen Botschaft in Berlin) im Austausch mit vier Gemälden, die für die Ausstattung des Strelna-Schlusses bei St. Petersburg vorgesehen sind, in das Eigentum der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten übergangen.

Die einzige Rückgabe von russischer Seite sind die 111 der insgesamt 117 Fensterfelder der Frankfurter Marienkirche im Juni 2002. Die zugesagte Rückgabe der restlichen sechs Fensterfelder steht noch aus.

b) Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogener Kulturgüter

Bund und Länder bemühten sich auch 2005 bei der Rückgabe von NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgütern im Sinne der Prinzipien der Washingtoner Konferenz von 1998 über Vermögen aus der Zeit des Holocaust und auf der Grundlage der 1999 verabschiedeten „Gemeinsamen Erklärung von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden zur Auffindung und Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturguts, insbesondere aus jüdischem Besitz“ zu verfahren. Instrumente sind dabei die 2001 verabschiedete „Handreichung“ sowie die von Bund und Ländern getragene Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste in Magdeburg, die Such- und Fundmeldungen zur Raub- und Beutekunst dokumentiert und gleichzeitig Geschäftsstelle der „Beratenden Kommission im Zusammenhang mit der Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogener Kulturgüter, insbesondere aus jüdischem Besitz“ ist. Durch die stetig wachsende Datenmenge von Such- und Fundmeldungen bei www.lostart.de erhöht sich auch die Chance der Rückgabe von NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgütern aus den Beständen der öffentlichen Hand.

Die „Beratende Kommission“ hat im Januar 2005 die Empfehlung gegeben, folgende Kunstwerke von Karl Blechen aus dem Bestand des Bundesamts zur Regelung offener Vermögensfragen an die Erben nach Julius Freund zu restituieren: „Schlafender Faun im Schilf“, „Mühle in der Sächsischen Schweiz“, „Ruinenlandschaft mit Opernmotiven. Dieser Empfehlung ist die Bundesregierung (zuständig: Bundesfinanzministerium) gefolgt. Darüber hinaus restituierten das Wuppertaler Von-der-Heydt-Museum, die Bayerischen Staatsgemälde-Sammlungen und die Nationalgalerie der Staatlichen Museen zu Berlin – Stiftung Preußischer Kulturbesitz – sechs Gemälde an die jeweiligen Erben, in einem Fall an die Jewish Claims Conference.

10. Multilaterale Kulturzusammenarbeit

In den multilateralen Foren EU, Europarat, OECD und UNESCO entwickelt Deutschland mit den anderen Mitgliedstaaten Lösungen für gemeinsame Herausforderungen in der Kultur- und Bildungspolitik. Dabei gilt es insbesondere, den Prozess der Globalisierung so mitzugestalten, dass die Ergebnisse dieser Foren verstärkt für den Dialog der Kulturen und zur Entwicklung internationaler Lerngemeinschaften genutzt werden.

a) Europäische Union

EU-Kulturpolitik

Ziel der EU-Kulturpolitik ist es, zur Entfaltung der Kulturen der Mitgliedstaaten beizutragen und durch Erschließung des gemeinsamen Kulturerbes die Entwicklung eines europäischen Zusammengehörigkeitsgefühls zu fördern. Dabei wird kulturellen Initiativen der Mitgliedsländer jeweils Vorrang gegeben (Prinzip der Subsidiarität). Das Kulturportal der EU findet sich unter http://ec.europa.eu/culture/eac/index_en.html.

Große öffentliche Aufmerksamkeit genießt die EU-Gemeinschaftsinitiative „Kulturhauptstadt Europas“. 2009 werden Linz (Österreich) und Vilnius (Litauen) Kulturhauptstädte Europas sein. 2010 stellen Deutschland und Ungarn die Kulturhauptstädte Europas. Die von der EU-Kommission eingesetzte Expertenkommission hat sich im April 2006 für Essen und Pécs ausgesprochen. Als Kulturhauptstadt aus einem Drittstaat wurde Istanbul nominiert. Voraussichtlich wird der EU-Kulturministerrat im November 2006 die Empfehlung der Expertenkommission bestätigen.

Ein Schwerpunkt der EU-Kulturpolitik ist das Rahmenprogramm zur Kulturförderung „Kultur 2000“. Gefördert werden grenzüberschreitende Kooperationsprojekte auf allen künstlerischen und kulturellen Gebieten. Um das spartenübergreifende Programm mit der langfristigen EU-Finanzplanung (Agenda 2000) zu synchronisieren, wurde es um weitere zwei Jahre bis 2006 verlängert. Ab 2007 soll ein anhand der gesammelten Erfahrungen neu erarbeitetes Kulturrahmenförderprogramm (2007 bis 2013) in Kraft treten. Dieses wird seit Mitte 2004 in den EU-Gremien beraten. Weitere Informationen sind von Internetseiten der deutschen Kulturkontaktstelle (CCP) abrufbar: <http://www.ccp-deutschland.de> zu Kultur 2000 sowie <http://www.europa-foerdert-kultur.info> mit ausführlichen Informationen zu ca. 90 weiteren EU-Förderprogrammen, die für Kulturprojekte nutzbar sind.

EU-Bildungspolitik

Zentrales Anliegen der europäischen Bildungszusammenarbeit ist die Schaffung eines europäischen Bildungsraums, der allen Bürgern Europas ungehinderte grenzübergreifende Mobilität in der Aus- und Weiterbildung und beim Übergang in den Beruf erlaubt. Weiteres Ziel ist die Sicherung von Innovation und Qualität der europäischen Bildungssysteme und Angebote.

Um die europäischen Diskussionsprozesse mit der nationalen bildungspolitischen Debatte zu verknüpfen, setzt das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen des Arbeitsprogramms der EU-Bildungsministerinnen und -minister „Allgemeine und Berufliche Bildung 2010“ auf eine auf bildungspolitische Multiplikatoren ausgerichtete Fachöffentlichkeitsarbeit. Aktuelle Schwerpunkte der in diesem Rahmen durchgeführten Fachkonferenzen sind neben der Entwicklung eines Europäischen Qualifikationsrahmens (EQR) und eines Kreditpunktesystems für die berufliche Bildung (ECVET) die Themen be-

rufliche Benachteiligtenförderung, bürgerschaftliche Erziehung, Entwicklung und Normierung von Standards sowie Lernen mit digitalen Medien.

Auf der Programmebene sind die beiden europäischen Bildungsprogramme SOKRATES (allgemeine Bildung) und LEONARDO DA VINCI (berufliche Aus- und Weiterbildung) nach wie vor die wesentlichen Instrumente zur Vertiefung der europäischen Bildungskooperation mit dem Ziel eines europäischen Bildungsraumes. Beide Programme sowie die Programme COMENIUS (Schulbildung), ERASMUS (Hochschulbildung) und GRUNDTVIG (Erwachsenenbildung) werden ab 2007 in dem Programm für Lebenslanges Lernen zusammengeführt. Im Rahmen der Programmlinie JEAN MONNET werden Lehrangebote und Forschungsvorhaben zur europäischen Integration gefördert. Ergänzt werden diese Einzelprogramme durch ein Querschnittsprogramm mit den Schwerpunktaktivitäten politische Zusammenarbeit und Innovation in Bezug auf Lebenslanges Lernen, die Förderung des Fremdsprachenlernens, Entwicklung des IKT-gestützten Lernens sowie Verbreitung und Nutzung von Ergebnissen.

Der Rat der EU-Bildungsministerinnen und -minister hat am 15. November 2005 eine politische Einigung über das Programm erzielt. Damit ist die Grundlage für einen pünktlichen Programmstart im Jahr 2007 gelegt.

Zu Beginn des Jahres 2004 startete das neue EU-Programm ERASMUS Mundus mit einer vorläufigen Laufzeit bis Ende 2008. Mit einem Budget von 230 Mio. Euro werden in den kommenden Jahren 100 europäische Masterstudiengänge gefördert, in denen hochqualifizierte Graduierte und Wissenschaftler/innen aus Ländern außerhalb der EU mit gut dotierten Stipendien an europäischen Hochschulen studieren bzw. lehren können. Einschließlich des Jahres 2006 wurden europaweit bereits 57 ERASMUS-Mundus-Studiengänge bewilligt, an denen 26 deutsche Hochschulen beteiligt sind.

b) Europarat

Ziel der Bildungs- und Kulturtätigkeit des Europarats (http://www.coe.int/T/E/Cultural_Co-operation/) ist es, das Bewusstsein für eine gemeinsame kulturelle Identität der Europäer zu fördern (Sprache, Geschichte, politische Bildung, Denkmalpflege, allgemeine Kulturförderung sowie Anwendung und Nutzung neuer Informationstechnologien). Aus Anlass des 50-jährigen Bestehens der Europäischen Kulturkonvention von 1954, der völkerrechtlichen Grundlage für die Bildungs- und Kulturtätigkeiten im Europarat, haben die Kulturministerinnen und -minister des Europarats im Oktober 2005 in Faro, Portugal, eine Strategie für den interkulturellen Dialog verabschiedet, die u. a. die Erstellung eines Weißbuchs (2006/2007) und eine intensivere Kooperation im Mittelmeerraum vorsieht.

Der Europarat rief 2005 ein Jahr zur Demokratieerziehung (Motto: Demokratie leben und lernen) aus. Zur Durchführung des Jahres in Deutschland wurde im Rah-

men der KMK ein nationaler Begleitausschuss eingesetzt, dem Vertreter der Länder, des Auswärtigen Amts und überregional tätiger Institutionen bzw. Träger der politischen Bildungsarbeit angehören. Durch die Deutsche UNESCO-Kommission wurden deutsche Auslandsschulen in das Jahr der Demokratieverzierung einbezogen.

c) **Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)**

Nach Gründung einer eigenständigen Direktion Bildungswesen im Jahr 2002 hat die OECD (www.oecd.org/education) einen Reformprozess auf den Weg gebracht, um den Bildungsbereich stärker strategisch auszurichten. Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht dabei weiterhin das PISA-Programm (Programme for International Student Assessment). Die dritte Staffel wird 2006 durchgeführt. Dabei steht der Test naturwissenschaftlicher Grundfertigkeiten im Vordergrund.

Im Dezember 2005 verabschiedete der Rat der OECD nicht-verbindliche Leitlinien zur Qualitätssicherung von grenzüberschreitenden Dienstleistungen im Hochschulbereich. Bei den Leitlinien handelt es sich um das erste gemeinsame Vorhaben von OECD und UNESCO. Beide Organisationen wollen eine hochrangig besetzte Steuerungsgruppe einrichten, die den Umsetzungsprozess begleiten soll.

d) **UNESCO**

Der verfassungsgemäße Auftrag der UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization; www.unesco.org) ist die Förderung der internationalen Zusammenarbeit auf den Gebieten der Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation zur Erhaltung des Friedens und zur Vertrauensbildung. Deutschland ist seit 1951 Mitglied und war 2005 mit einem Anteil von ca. 22 Mio. Euro (8,8 Prozent) nach den USA und Japan drittgrößter Beitragszahler. Ende 2005 hatte die UNESCO 191 Mitgliedsstaaten.

Wichtiges Ergebnis der 33. UNESCO-Generalkonferenz 2005 unter dem Motto „Die Würde des Menschen und die Vielfalt der Kultur“ war die Annahme des Übereinkommens über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen. Es schafft eine völkerrechtlich verbindliche Grundlage für das Recht aller Staaten auf eigenständige Kulturpolitik. Das Übereinkommen tritt nach Ratifikation durch 30 UNESCO-Mitgliedstaaten in Kraft. Neben den EU-Mitgliedstaaten wird auch die Europäische Gemeinschaft das Übereinkommen ratifizieren.

Mit der 33. Generalkonferenz ging der Vorsitz Deutschlands im Exekutivrat erfolgreich zu Ende – im Biennium 2004/2005 stellte Deutschland mit Botschafter Hans-Heinrich Wrede erstmals den Vorsitzenden in diesem wichtigen Leitungsgremium der UNESCO.

In Deutschland sind zwei Bildungseinrichtungen der UNESCO ansässig: Das Internationale UNESCO-Zen-

trum für Berufsbildung (UNEVOC) arbeitet seit 2000 mit Unterstützung der Bundesregierung, der Stadt Bonn und anderer öffentlicher und privater Stellen in Bonn. Seit 1951 ist das UNESCO-Institut für Pädagogik (UIP) in Hamburg angesiedelt, das sich mit Erwachsenenbildung und Alphabetisierung befasst. Im Sinne einer Gleichstellung mit vergleichbaren UNESCO-Bildungsinstituten ist entschieden worden, das UIP in ein vollwertiges internationales UNESCO-Institut zu überführen.

UNESCO-Welterbe-Programm

Das Programm zum Erhalt des Kultur- und Naturerbes der Welt genießt in Medien und Öffentlichkeit das größte Interesse unter allen UNESCO-Programmen. Bund und Länder stellen sich seit Jahren engagiert ihrer Verantwortung für die 32 Welterbestätten in Deutschland. Die UNESCO-Welterbeliste umfasst derzeit 830 Welterbestätten (www.unesco.de/c_arbeitsgebiete/welterbe.htm). Im Juli 2006 nahm das UNESCO-Welterbekomitee mit der Altstadt von Regensburg eine weitere deutsche Stätte in die Welterbeliste auf. Außerdem entschied es, den Kölner Dom wieder von der Liste des Welterbes in Gefahr (Rote Liste) zu nehmen. Der Kölner Dom war wegen der Gefährdung seiner visuellen Integrität durch Hochhausplanungen 2004 in die „Rote Liste“ eingetragen worden. Daraufhin revidierte die Stadt Köln ihre Hochhausplanungen und wies eine Schutzzone für den Dom aus. Gegenstand der „Roten Liste“ ist nun aber das Dresdner Elbtal: Der 2004 verliehene Welterbestatus des Dresdner Elbtals ist durch ein umstrittenes Brückenprojekt bedroht. Die UNESCO forderte die zuständigen Stellen auf, das Bauvorhaben zu stoppen und Alternativlösungen zu finden.

Die erste periodische Berichterstattung über den Erhaltungszustand der deutschen Welterbestätten – begonnen 2003 – wurde 2005 abgeschlossen. Im November 2005 fand in Berlin eine europäische Konferenz zur Periodischen Berichterstattung in Europa statt. Organisiert wurde sie durch das UNESCO-Welterbezentrum gemeinsam mit den UNESCO-Kommissionen aus Deutschland, der Schweiz, Österreich und Luxemburg und in Zusammenarbeit mit dem nordrhein-westfälischen Ministerium für Bauen und Verkehr sowie der nordrhein-westfälischen Landesvertretung.

Um „Welterbe“ und „UNESCO“ einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen, hat die Deutsche UNESCO-Kommission gemeinsam mit den UNESCO-Welterbestätten e.V. 2005 erstmals den „UNESCO-Welterbetag“ ausgerufen. Angesichts großer Resonanz wird er künftig jährlich am ersten Sonntag im Juni stattfinden.

III. Mittlerorganisationen des Auswärtigen Amts und andere Einrichtungen der AKBP

1. Goethe-Institut

Das Goethe-Institut (<http://www.goethe.de/>) ist die größte der nichtstaatlichen Mittlerorganisationen, die im Auftrag der Bundesregierung mit der selbständigen Wahrneh-

mung kulturpolitischer Aufgaben im Ausland betraut sind und hierfür staatliche Gelder erhalten.

Zentrale Aufgaben des Goethe-Instituts sind:

- Die Förderung der Kenntnis der deutschen Sprache durch eigene Sprachkurse und die enge Zusammenarbeit mit ausländischen Einrichtungen, die sich ihrerseits der Verbreitung der deutschen Sprache widmen;
- Die Pflege der internationalen kulturellen Zusammenarbeit, vor allem durch die Durchführung von Kulturprogrammen; dies geschieht in enger Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern;
- Die Vermittlung eines umfassenden Deutschlandbildes durch Informationen über das kulturelle, gesellschaftliche und politische Leben.

Die Gesamtzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Goethe-Instituts lag Ende 2005 bei über 3 000. Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben im Ausland erhält es eine jährliche Zuwendung des Auswärtigen Amtes:

In den letzten Jahren ist es trotz der Haushaltszwänge gelungen, nicht zuletzt auch durch neue Erscheinungsformen (Lesesäle, Lehrmittelzentren, Sprachlernzentren in MOE, Dialogpunkte in der islamischen Welt usw.), die weltweite Präsenz des Goethe-Instituts weiter auszubauen. Ende August 2005 wurde der erste „Dialogpunkt Deutsch“ im Irak eröffnet. Im Mai 2006 wurde das gemeinsame Verbindungsbüro des Goethe-Instituts, des DAAD und der GTZ in Abu Dhabi eingeweiht. Daneben ist das Goethe-Institut in Havanna, Shanghai, Algier und Teheran mit Mitarbeitern an den Auslandsvertretungen vertreten, um Institutseröffnungen vorzubereiten. Insgesamt verfügt das Goethe-Institut derzeit weltweit über 721 Anlaufstellen in 108 Ländern (123 Kulturinstitute und 5 Außenstellen in 79 Ländern, ferner 16 Goethe-In-

stitute in Deutschland, 56 geförderte deutsch-ausländische Kulturgesellschaften/Goethe-Zentren, 57 deutsche Lesesäle, 11 Dialogpunkte, 161 Lehrmittelzentren, 33 Sprachlernzentren und 259 lizenzierte Prüfungspartner).

Von zunehmender Bedeutung ist die Kooperation mit anderen europäischen Kulturinstituten, z. B. in Form von gemeinsamen Unterbringungen im Ausland. In Stockholm öffnete im April 2005 das gemeinsam vom Instituto Cervantes und Goethe-Institut betriebene Kulturinstitut. Im Juni 2005 konnten das einjährige Bestehen der Kollokation von Alliance Francaise und Goethe-Institut in Glasgow sowie die Einweihung des gemeinsam mit dem British Council genutzten Gebäudes in Kiew gefeiert werden. Gemeinsam mit den Kulturinstituten Spaniens, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Portugals erhielt das Goethe-Institut 2005 den renommierten spanischen Prinz-von-Asturien-Preis, mit dem seit 1980 das wissenschaftliche, kulturelle und soziale Wirken von Personen und Institutionen auf internationaler Ebene gewürdigt wird.

Neben der Fortentwicklung des Institutsnetzes haben Auswärtiges Amt und Goethe-Institut auch eine neue Form der strategischen Steuerung begonnen. Seit Anfang 2005 läuft ein Pilotprojekt zur Steuerung in der Region Italien durch strategische Zielvereinbarungen bei gleichzeitiger Gewährung größerer Handlungsfreiheit für das Goethe-Institut bei der Mittelverwendung. Anfang 2006 wurden zwei weitere Regionen (Osteuropa/Zentralasien und Nordamerika) in das Pilotprojekt aufgenommen.

Um das Goethe-Institut zukunftssicher aufzustellen, seine Strukturen (Zentrale und Institute) zu modernisieren, das Netzwerk zu sichern und die Präsenz (auch durch neue Präsenzformen) auszubauen, wurde im Sommer 2006 ein zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Goethe-Institut abgestimmtes Reformkonzept erstellt, das bis 2009 umgesetzt werden soll.

Jahr	Betriebsmittelzuschuss des AA in Mio. Euro	Projektmittelzuschuss des AA in Mio. Euro	Investitionen AA in Mio. Euro	Gesamtförderung des AA in Mio. Euro
2004 (Ist)	111,8	44,4	2,3	158,5
2004 ATP*		1,6		1,6
2004 (Gesamt Ist)	111,8	46,0	2,3	160,1
2005 (Ist)	111,2	47,9	2,3	161,4
2005 ATP*		1,0		1,0
2005 (Gesamt Ist)	111,2	48,9	2,3	162,4

* ATP: zeitlich begrenzte Sondermittel aus Anti-Terrorprogrammen

2. Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)

Als größte deutsche Förderorganisation für die internationale Hochschulzusammenarbeit erfüllt der DAAD (<http://www.daad.de/de/index.html>) mit erheblichen öffentlichen Finanzmitteln zugleich Aufgaben der AKBP, der Entwicklungspolitik sowie der nationalen Hochschulpolitik. Darüber hinaus nimmt der DAAD eine Mittlerfunktion im Rahmen der europäischen Bildungspolitik wahr, insbesondere bei den Austausch- und Mobilitätsprogrammen der EU. Diese Mittlerfunktion spiegelt sich im Haushalt des DAAD und seinen Finanzierungswegen wider.

Vom Haushalt des DAAD trägt das Auswärtige Amt als institutioneller Förderer den weitaus größten Teil der Verwaltungskosten und den größten Teil der Programmkosten. Der DAAD erhielt vom Auswärtigen Amt 2005 Programmmittel insbesondere für den Studierenden- und Wissenschaftleraustausch in Höhe von 97,1 Mio. Euro (inkl. Mittel für die Stabilitätspakte Südosteuropa und Afghanistan und für den Europäisch-Islamischen Dialog); hinzu kamen zur Finanzierung von Sach-, Personal- und Verwaltungskosten 20 Mio. Euro. Die Projektförderung von Seiten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung belief sich auf rd. 65 Mio. Euro. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung förderte in Höhe von 23,6 Mio. Euro Bildungsprojekte (Hochschulkooperationen) im entwicklungspolitischen Bereich.

Der DAAD förderte 2005 insgesamt 51 264 Studierende, Graduierte, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Von den 30 813 geförderten Ausländerinnen und Ausländern waren 23 849 Studierende und Graduierte, 6 964 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Hochschullehrerinnen und -lehrer, Kunstschaffende sowie Administratorin-

nen und Administratoren. Von den insgesamt 20 451 geförderten Deutschen waren 14 770 Studierende und Graduierte, 5 681 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Hochschullehrerinnen und -lehrer, Kunstschaffende sowie Administratorinnen und Administratoren. Zusätzlich wurden im Rahmen der SOKRATES/ERASMUS- und LEONARDO DA VINCI-Programme insgesamt 27 323 EU-Stipendiatinnen und Stipendiaten gefördert.

3. Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH)

Die AvH (<http://www.humboldt-foundation.de/>) widmet sich dem internationalen Austausch hoch qualifizierter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und trägt damit wesentlich zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands als Hochschul- und Wissenschaftsstandort bei. Sie erhielt hierzu im Haushaltsjahr 2005 vom Auswärtigen Amt 21,8 Mio. Euro an Projektmitteln sowie zur Finanzierung von Sach-, Personal- und Investitionsausgaben 4,7 Mio. Euro. Die Projektförderung von Seiten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung betrug 18,7 Mio. Euro, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wendete 3,5 Mio. Euro zu.

Die AvH förderte 2005 1 464 ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit einem Forschungsstipendium in Deutschland (davon 20 Bundeskanzler-Stipendiatinnen und Stipendiaten – je zehn aus den USA und der Russischen Föderation –, die ihren Forschungsaufenthalt in Deutschland begannen. Anlässlich ihrer Chinareise im Frühjahr 2006 verkündete Bundeskanzlerin Merkel die Ausweitung des Bundeskanzler-Stipendienprogramms für Führungsnachwuchskräfte auf China).

Nobelpreise 2005 an „Humboldtianer“

Fünf von der AvH – aus Mitteln des Auswärtigen Amts – geförderte Wissenschaftler erhielten 2005 einen Nobelpreis. Die Zahl der Nobelpreisträger in Reihen der Humboldtianer stieg damit auf 40. Bei den 2005 Ausgezeichneten handelt es sich um:

Robert Grubbs, geboren 1942, hatte 1975 als Humboldt-Forschungsstipendiat am Max-Planck-Institut (MPI) für Kohlenforschung in Mülheim an der Ruhr gearbeitet. Er etablierte sich schon zu dieser Zeit als einer der führenden amerikanischen Wissenschaftler in der organometallischen Chemie. Heute forscht er am California Institute of Technology (Caltech) in Pasadena, California, USA.

Richard Schrock, Jahrgang 1945, hatte 1994 den Humboldt-Forschungspreis erhalten und im Anschluss mit Mitteln des Preises in Deutschland geforscht. Hierzu war er bis 2004 zu wiederholten Forschungsaufenthalten Gast am Anorganisch-Chemischen Institut der TU München in Garching und hatte, wie sein Kollege Grubbs, am MPI für Kohlenforschung in Mülheim an der Ruhr gearbeitet. In den 90er Jahren wurde er zum Namensgeber der Forschung zu Übergangsmetallen, der „Schrock Chemistry“. Schrock arbeitet am Massachusetts Institute of Technology (MIT), Cambridge, Massachusetts, USA.

Roy Glauber, der im September 2005 seinen 80. Geburtstag feierte, war 1989 mit dem Humboldt-Forschungspreis für seine Verdienste auf dem Gebiet der Quantenoptik, speziell der Laserforschung, ausgezeichnet worden und hatte insgesamt für ein Jahr am MPI für Quantenoptik in Garching geforscht. Er verbrachte von 1990 bis 1997 regelmäßig kürzere Forschungsaufenthalte am MPI bei Prof. Walther.

John Hall, Jahrgang 1934, hatte 1989 die Auszeichnung der Humboldt-Stiftung für seine Pionierarbeiten auf dem Gebiet optischer Frequenzstandards und ultrastabiler Laser für die höchstauflösende Spektroskopie und Interferometrie erhalten. Er hielt sich von 1989 bis 1998 regelmäßig zu Forschungsaufenthalten in Deutschland auf. Sein damaliger Gastgeber war der heute gemeinsam mit ihm ausgezeichnete Theodor Hänsch, mit dem er als Forschungspreisträger vier Monate am MPI für Quantenoptik in Garching zusammenarbeitete.

Theodor Hänsch, Jahrgang 1941, hatte 1977 den Humboldt-Forschungspreis für die Anwendung des Lasers in der Spektroskopie erhalten. Er war einer der Ersten, die die Methode der Zweiphotonen-Spektroskopie experimentell einsetzten. Er war im Anschluss am MPI für Quantenoptik in Garching und an der Universität Frankfurt tätig. Im Zeitraum 1978 bis 1991 verbrachte er weitere Forschungsaufenthalte an der LMU München bei Prof. Walther und an der U Frankfurt bei Prof. Greiner.

4. Institut für Auslandsbeziehungen (ifa)

Das ifa (www.ifa.de) engagiert sich weltweit für Kunst- und Kulturaustausch, den Dialog der Zivilgesellschaften sowie die Vermittlung außenkulturpolitischer Informationen und fördert das Verständnis für Deutschland im Ausland. Der Gesamtetat des ifa betrug im Jahr 2005 19,62 Mio. Euro. Das Auswärtige Amt trug 3,3 Mio. Euro (67 Prozent) an institutioneller Förderung und 12,6 Mio. Euro (86 Prozent) an Projektförderung bei. Das Land Baden-Württemberg steuerte 0,7 Mio. Euro und die Stadt Stuttgart 0,3 Mio. Euro zum Haushalt des ifa bei. Im Jahr 2005 beschäftigte das ifa 69,5 Festangestellte und 46 Mitarbeiter aus Programmmitteln. Im Februar 2006 haben ifa und das Goethe-Institut einen Kooperationsvertrag unterzeichnet, der eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen beiden Institutionen vorsieht.

Arbeitsschwerpunkte des ifa:

- Internationaler Kunstaustausch durch Ausstellungstourneen zeitgenössischer deutscher Kunst im Ausland: Im Jahr 2005 sahen in 53 Ländern über 1 Million Besucher die 154 Präsentationen der insgesamt 48 ifa-Ausstellungen. Zeitgenössische Kunst aus Transformations- und Entwicklungsländern präsentieren und vermitteln die ifa-Galerien in Stuttgart und Berlin. Mit Förderprogrammen wurden 2005 über 300 deutsche Künstler in internationalen Ausstellungen und Biennalen unterstützt.
- Informationsdatenbanken zur Bildenden Kunst und das Online-Magazin „Aktuelle Kunst aus der Islamischen Welt“ in deutscher, englischer, französischer und arabischer Sprache;
- Förderung des internationalen und interkulturellen Dialogs durch internationale Symposien wie „deutsch-arabische Mediendialoge“ oder „Stuttgarter Schlossgespräche“;

- Informationsforum mit Spezialbibliothek und Internet-Portalen zur AKBP und den internationalen Kulturbeziehungen; Förderung der politischen und wissenschaftlichen Diskussion sowie der Sichtbarkeit der AKBP durch die Zeitschrift „Kulturaustausch“ und den Wissenschaftlichen Initiativkreis Kultur- und Außenpolitik; Synergiestudien zu den internationalen Kulturbeziehungen;
- Programme zur kulturellen Förderung deutscher Minderheiten in MOE und GUS;
- Förderung der Entwicklung freier und unabhängiger Medien im Rahmen des Stabilitätspakts Südosteuropa (Media-im-Pakt);
- Förderung zivilgesellschaftlicher Projekte der Gewaltprävention, Konfliktbearbeitung und Friedenskonsolidierung im Rahmen des vom Auswärtigen Amt veröffentlichten „Förderkonzepts“ (zivilik);
- Kurse für Deutsch als Fremdsprache in Stuttgart (Eigenmittelbereich des ifa).

5. Bundesverwaltungsamt – Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA)

Die ZfA (www.bva.bund.de/SubSites/Auslandsschulwesen/) ist eine Abteilung des Bundesverwaltungsamts. Sie untersteht der Dienstaufsicht des Bundesinnenministeriums und der Fachaufsicht des Auswärtigen Amts, dem es administrativ und konzeptionell zuarbeitet. Ihre Aufgabe ist die pädagogische, personelle und finanzielle Betreuung der schulischen Arbeit im Ausland. Sie fördert derzeit 117 deutsche Auslandsschulen und 364 ausländische schulische Einrichtungen mit rund 1 900 vermittelten Lehrkräften, Fachberaterinnen und Fachberatern.

Die ZfA ist verantwortlich für die Auswahl, Vorbereitung und Fortbildung der Lehrkräfte und des pädagogischen Leitungspersonals. Sie berät private und öffentliche Trä-

ger der Schulen (Schulvereinsvorstände, Schulverwaltungen und staatliche Partner im Ausland) in pädagogischen, wirtschaftlichen und organisatorischen Angelegenheiten. Die Beratung richtet sich auf die Wahrnehmung der Eigenverantwortung der Schulen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Bildungsmärkten.

In enger Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt führt die ZfA Lehrerentsendeprogramme und Maßnahmen zur Förderung eines intensiven Deutschunterrichts an ausländischen Schulen durch und koordiniert diese gemeinsamen Aufgaben von Bund und Ländern. Zur pädagogischen und organisatorischen Erfüllung dieses Auftrags setzt sie Fachberaterinnen und Fachberater in 32 Ländern ein.

Dem Schulfonds standen 2005 172,1 Mio. Euro zur Verfügung. Daraus wurden über die ZfA sämtliche Zuwendungen an Auslandsschulen und vermittelte Lehrkräfte, für Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie die Durchführung von Prüfungen gezahlt. Aus diesen Mitteln werden auch die Ausgaben für deutsche Lehrkräfte an den 13 Europäischen Schulen, Projekte des Pädagogischen Austauschdienstes und die Ausgaben für Fachberaterinnen und Fachberater des GI finanziert.

6. Pädagogischer Austauschdienst (PAD)

Der PAD (<http://www.kmk.org/pad/home.htm>) ist eine Abteilung im Sekretariat der Kultusministerkonferenz der Länder. Im Auftrag des Auswärtigen Amtes, das 2005 Projektmittel in Höhe von fast 4,3 Mio. Euro und 714 000 Euro Personal- und Sachkosten für zehn Mitarbeiter bereitstellte, führt der PAD Austauschmaßnahmen im Schulbereich (siehe Kap. II.7.b.) durch und fördert internationale Kontakte von Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften, Fremdsprachenassistentinnen, -assistenten und Schulen.

2005 fand erneut das vom PAD durchgeführte „Lehrerinnenprogramm“ statt, das 2001 als Beitrag zum Europäischen-Islamischen Kulturdialog eingeführt wurde und sich an hochrangige Multiplikatorinnen aus islamisch geprägten Ländern richtet. Weitere Programme sind das Lehreraustauschprogramm, das Weiterbildungsprogramm für Ortskräfte an deutschen Auslandsschulen, sowie Hospitationen und Fortbildungskurse für deutsche und ausländische Lehrerinnen und Lehrer. Im Auftrag der Länder ist der PAD seit 1995 als Nationale Agentur für das SOKRATES-Programm der EU im Schulbereich mit der Umsetzung der EU-Programme COMENIUS und LINGUA (schulbezogene Maßnahmen) beauftragt (siehe Kap. II.9.a.).

7. Deutsche UNESCO Kommission e. V. (DUK)

Die DUK (www.duk.de) mit Sitz in Bonn ist die deutsche Nationalkommission nach Art. VII der UNESCO-Verfassung und somit Verbindungsglied zwischen Deutschland und der UNESCO. Sie ist ein eingetragener Verein, dessen rund einhundert Mitglieder die gesamte Spannweite

der Einrichtungen und Verbände widerspiegeln, die in Deutschland in den Arbeitsfeldern der UNESCO Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation aktiv sind. Sie berät die Bundesregierung, das Parlament und alle anderen öffentlichen Stellen in UNESCO-Angelegenheiten sowie in ausgewählten Fragen des Europarats. Die DUK leistet die deutschsprachige Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zu allen Bereichen der UNESCO, teilweise gemeinsam mit ihren Partnerorganisationen in Österreich, der Schweiz und Luxemburg.

Die DUK wurde 2005 vom Auswärtigen Amt mit insgesamt rund 1,25 Mio. Euro gefördert. Darüber hinaus warb sie Projektmittel von einer Reihe deutscher Organisationen sowie der UNESCO in Höhe von ca. 500 000 Euro ein.

Im Auftrag der Bundesregierung und mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung koordiniert die DUK die Umsetzung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005 bis 2014) in Deutschland. Sie hat dafür ein Nationalkomitee berufen, in dem Bundesministerien, Parlament, Länder, Nichtregierungsorganisationen, Medien und Privatwirtschaft vertreten sind. Das Nationalkomitee hat über 100 Bildungsiniciativen als „Allianz Nachhaltigkeit Lernen“ an einem Runden Tisch versammelt und bis Mitte 2006 über 250 gute Praxisbeispiele der Bildung für nachhaltige Entwicklung als offizielle deutsche Beiträge zur Weltdekade ausgezeichnet. Ein vom Nationalkomitee erarbeiteter Aktionsplan benennt die Hauptziele der Dekade für Deutschland. Die Dekade erfährt große Aufmerksamkeit in Bildungspolitik und -öffentlichkeit. Bundespräsident Horst Köhler hat die Schirmherrschaft über die deutsche Umsetzung übernommen.

Die 170 deutschen UNESCO-Projektschulen widmeten ihre Jahrestagung 2005, die in Hamburg und Lübeck stattfand, dem Thema „Nachhaltigkeit lernen“ „, die Jahrestagung 2006 findet in Dillingen zum Thema „Afrika – der vergessene Kontinent“ statt. Die Ergebnisse werden in der Zeitschrift der UNESCO-Projektschulen „forum“ veröffentlicht, die auch auf der Website des deutschen UNESCO-Schulnetzes verfügbar ist (www.ups-schulen.de).

8. Deutsches Archäologisches Institut (DAI)

Das 1829 gegründete und seit 1874 – mit einer Unterbrechung zwischen 1934 und 1970 – dem Auswärtigen Amt zugeordnete DAI (<http://www.dainst.org/>) mit Sitz in Berlin führt mit seinen mehr als 250 fest angestellten Beschäftigten archäologische Ausgrabungen und Forschungen durch und pflegt Kontakte zur internationalen Wissenschaft. Es unterhält im Ausland Abteilungen in Rom, Athen, Kairo, Istanbul und Madrid sowie Außenstellen in Teheran, Bagdad, Sanaa und Damaskus. Im Bundeshaushalt 2005 wurden dem DAI 21,5 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

2005 konnte das DAI das 50jährige Bestehen seiner Außenstelle in Bagdad feiern (Orientabteilung). Mit einem erfolgreichen Filmfestival „35 mm Persien“ zur Archäo-

logie in Iran wurde im Haus der Kulturen der Welt ein wichtiger Beitrag für die Festigung der bilateralen Beziehungen zwischen den Archäologen beider Länder geleistet (Eurasienabteilung). In Sri Lanka beteiligte es sich an den Wiederaufbaumaßnahmen um Tissamaharama (Kommission für die Archäologie der Außereuropäischen Kulturen). Die Römisch Germanische Kommission verlagerte ihre Arbeitsschwerpunkte weiter in den osteuropäischen Raum, und die Kommission für Alte Geschichte und Epigraphik baute ihre Kommission mit Spanien aus.

Alle Abteilungen und Kommissionen legten – dem Beispiel der Zentrale folgend – erstmals Forschungspläne vor, aus denen sich Ansatzpunkte für eine verstärkte Zusammenarbeit untereinander sowie eine strategische Ausrichtung ihrer Forschungstätigkeit auf übergreifende Fragestellungen ergeben. Des Weiteren wurden die Satzungen der Kommissionen an die neue Satzung des Instituts angepasst, die zum 1. Januar 2005 in Kraft getreten ist, und auch die Umsetzung der Empfehlungen der Organisationsberatung durch das Auswärtige Amt weiter vorangetrieben. Dazu gehörte auch die Vorlage einer DAI-Gesamtkonzeption sowie eines Strategiepapiers zur Forschungs- und Personalentwicklung, die gemeinsam mit den Zielvereinbarungen zwischen dem DAI-Präsidenten und dem Direktorium eine gute Grundlage für die im Jahr 2007 angestrebte Evaluierung durch den Wissenschaftsrat darstellen.

9. Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland (DGIA)

Im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) werden sieben geisteswissenschaftliche Forschungsinstitute in ausgewählten Partnerstaaten unterhalten und institutionell gefördert, deren Auftrag zu Forschung, Serviceleistungen und Nachwuchsförderung auch auf die Auswärtige Kulturpolitik ausstrahlt. Ein inhaltlicher Schwerpunkt liegt dabei auf der historischen Forschung, die derzeit in den fünf Deutschen Historischen Instituten in Rom, Paris, London, Washington und Warschau betrieben wird. Daneben sind das Orient-Institut in Beirut und Istanbul auf dem Gebiet der Orientalistik und das Deutsche Institut für Japanstudien in Tokyo im Bereich der geistes-, sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Forschung tätig.

Mit der 2002 auf Initiative der Bundesregierung gegründeten Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland (www.stiftung-dgia.de) wurde ein gemeinsamer Träger für die Institute geschaffen. Damit wurde – gemäß den Empfehlungen des Wissenschaftsrates – eine Basis geschaffen, die die selbstständige Tätigkeit der Institute verankert, ihre Zusammenarbeit untereinander stärkt und die Sichtbarkeit der Gesamtheit der Institute in der Öffentlichkeit fördert.

Ein weiteres von der Stiftung DGIA getragenes Institut, das Deutsche Historische Institut in Moskau (<http://www.dhi-moskau.de/>), wurde im September 2005 offiziell eröffnet. Das Deutsche Historische Institut führt For-

schungen zur neueren russischen bzw. sowjetischen und deutschen Geschichte durch und fördert den wissenschaftlichen Austausch zwischen den Ländern. Es soll – vorbehaltlich einer positiven Evaluierung des Wissenschaftsrats und Zustimmung des Parlaments zur Finanzierung – als Institut in die Stiftung aufgenommen werden. Bis dahin wird das Deutsche Historische Institut Moskau als Drittmittelprojekt der Stiftung DGIA durchgeführt und in den nächsten Jahren von der ZEIT-Stiftung sowie der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung mit insgesamt 5 Mio. Euro finanziert.

Das Deutsche Forum für Kunstgeschichte in Paris (<http://www.dt-forum.org/aufgabe.html>) wurde zum 1. Juli 2006 neu in die Stiftung aufgenommen und institutionell gefördert. Es wird seit Juli 1997 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) mit Projektmitteln gefördert. Das Deutsche Forum für Kunstgeschichte in Paris ist 2004 vom Wissenschaftsrat sehr positiv evaluiert worden, der eine mit den Auslandsinstituten vergleichbare Institutionalisierung empfahl.

Die Stiftung verfügt zurzeit über 158 Personalstellen, davon fünf für die Geschäftsstelle in Bonn. Das Jahressoll 2005 belief sich auf rund 24,3 Mio. Euro, 2006 ist eine Bundesfinanzierung von ca. 26 Mio. Euro angesetzt. In Rom und Florenz existieren außerdem als Institute der Max-Planck-Gesellschaft die Bibliotheca Hertziana und das Kunsthistorische Institut, deren Arbeitsschwerpunkte auf kunstgeschichtlichen Forschungsgebieten liegen.

10. Kulturstiftung des Bundes (KSB)

Die Anfang des Jahres 2002 gegründete KSB (www.kulturstiftung-des-bundes.de/) ist eine rechtsfähige gemeinnützige Stiftung des Bürgerlichen Rechts mit Sitz in Halle an der Saale. Sie ist mit einem Grundvermögen von 250 000 Euro ausgestattet und erhält zudem eine jährliche Zuwendung aus dem Haushalt des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien. 2004 standen der KSB zur Förderung von Kulturvorhaben rund 38,7 Mio. Euro zur Verfügung.

Zweck der Stiftung ist die Förderung von Kunst und Kultur im Rahmen der Zuständigkeit des Bundes. Einen Schwerpunkt bildet dabei die Förderung innovativer Programme und Projekte im internationalen Kontext. Vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung kommt Osteuropa große Bedeutung zu. Doch auch über die europäischen Verhältnisse hinaus erhalten die Überbrückung kultureller Grenzen, die künstlerische Kooperation und der kulturelle Austausch eine immer größere Bedeutung im Aufgabenkatalog von Kulturpolitik. Die KSB leistet hier einen wichtigen und wertvollen Beitrag.

Die KSB hat ihre Förderung in zwei Förderbereiche untergliedert. Der Bereich der Allgemeinen Projektförderung ist offen für Anträge von Künstlerinnen und Künstlern aus Deutschland wie auch aus dem Ausland. Die KSB ruft darüber hinaus zu bestimmten Themenfeldern aus eigener Initiative Programme ins Leben wie z. B. zu den Themen „Kunst und Stadt“, „Migration“, „Arbeit in Zukunft“. Dem 2004 eingerichteten Fonds für deutsch-

polnische Kulturprojekte folgte 2005 ein Fonds für deutsch-ungarische Projekte, jeweils mit dreijähriger Laufzeit. Fonds mit weiteren EU-Beitrittsländern sind in Planung. In Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut wurde 2005 im Programm „Kunst und Stadt“ das Stipendienprogramm „Beijing Case“ mit Künstler/inne/n durchgeführt, dessen Ergebnisse 2006 in Deutschland gezeigt werden.

11. Haus der Kulturen der Welt (HKW)

Seit der Gründung 1989 hat sich das HKW (<http://www.hkw.de/>) in der ehemaligen Kongresshalle in Berlin zu einem profilierten Zentrum für zeitgenössische Kunst aus Afrika, Asien und Lateinamerika entwickelt. Das HKW mit seinem Auditorium, der Ausstellungshalle, dem Theatersaal und den Konferenzräumen arbeitet mit allen Kunstformen. Das HKW wird von einem international besetzten Programmbeirat beraten, Projekte werden in Zusammenarbeit mit Experten, Kuratoren und Künstlern aus aller Welt entwickelt und umgesetzt. Regelmäßig wiederkehrende Festivals, thematische oder regionale Veranstaltungsreihen prägen die Programmstruktur des Hauses.

Mit einem Programmetat von rund 5,7 Mio. Euro, der sich aus Zuwendungen, Erlösen und Sponsoringeinnahmen zusammensetzt, wurden 2005 insgesamt 479 Veranstaltungen durchgeführt, und es fanden darüber hinaus 39 Gastveranstaltungen statt. Schwerpunkte bildeten 2005 die interdisziplinären, mehrwöchigen Verbundprogramme „Über Schönheit“ und „Räume und Schatten“ (Zeitgenössische Kunst aus Südostasien). Darüber hinaus wurde das Performancefestival „In Transit“ sowie das Filmfest „Traum und Trauma“ (Filme, Videos, Installationen zu Israel) durchgeführt. Zahlreiche weitere kleinere Ausstellungen, Lesungen, Kongresse und Jugendveranstaltungen rundeten das Programm ab. Zudem fanden in 2005 in Berlin wieder die Asien-Pazifik-Wochen statt, deren Kulturprogramm vom HKW koordiniert wird.

Seit 2002 bildet das HKW einen Geschäftsbereich der „Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin GmbH“ (KBB), zu der auch die Berliner Festspiele einschließlich des Martin-Gropius-Baus und die Internationalen Filmfestspiele gehören. Die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) ist Alleingesellschafter der KBB. Der BKM förderte die Programmarbeit des HKW institutionell mit 2 Mio. Euro. Die Programmarbeit des HKW wurde 2005 vom Auswärtigen Amt mit 1,2 Mio. Euro sowie von der Kulturstiftung des Bundes, dem Hauptstadtkulturfonds, der Stiftung Deutsche Klassenlotterie, der Europäischen Union, der Bundeszentrale für Politische Bildung und anderen Zuwendungsgebern und Sponsoren mit insgesamt 2,2 Mio. Euro unterstützt.

12. Deutsch-ausländische Kulturgesellschaften

Das Auswärtige Amt fördert weltweit 180 deutsch-ausländische Kulturgesellschaften. Es handelt sich um Ver-

eine lokalen Rechts, die sich den Kulturaustausch mit Deutschland zum Ziel gesetzt haben. In diesem Rahmen bieten sie Kulturveranstaltungen und/oder Sprachkurse für Deutsch als Fremdsprache an.

Die Förderung umfasst die Bereitstellung von Projektmitteln (d. h. in der Regel keine institutionelle Förderung) und erfolgt bei 55 Kulturgesellschaften über das Goethe-Institut, bei den übrigen über Auswärtiges Amt und die Auslandsvertretungen. 2005 standen Projektmittel in Höhe von insgesamt 3,9 Mio. Euro zur Verfügung.

Die Kulturgesellschaften leisten einen wichtigen Beitrag zum bilateralen Dialog und Kulturaustausch. Durch die lokale Trägerstruktur sind sie exzellent im Gastland verankert und erhöhen in Ergänzung zu den Goethe-Instituten und anderen Mittlern die Reichweite der AKBP entscheidend. Koordinierende Betreuung durch die Auslandsvertretungen und fachliche Beratung durch das Goethe-Institut gewährleisten eine enge Einbindung in das Netzwerk der deutschen Kulturarbeit im Gastland. An ausgewählten Standorten in Mittel- und Osteuropa wurde in öffentlich-privater Partnerschaft mit der Robert Bosch Stiftung und dem ifa seit 2002 ein neues Modell von Kulturzentren entwickelt, die durch das Auswärtige Amt mit Projektmitteln und von der Robert Bosch Stiftung durch Entsendung einer Kulturmanagerin bzw. eines Kulturmanagers als Leiterin bzw. Leiter des Zentrums unterstützt werden. Seit 2003 wurden 19 Kulturzentren in Mittel- und Osteuropa, u. a. in der Ukraine, Polen, Bulgarien und Ungarn, neu in die Förderung aufgenommen.

Im Inland unterstützt das Auswärtige Amt die Projektarbeit von 30 gemeinnützigen Gesellschaften und Vereinen, die sich mit Kultur- und Informationsveranstaltungen für den bilateralen Kulturaustausch mit dem Ausland einsetzen (2005: 266 000 Euro). Zusätzlich wurde die Projektarbeit von fünf Deutsch-Amerikanischen Instituten mit 279 000 Euro gefördert.

13. Deutsch-Amerikanische Fulbright-Kommission

Die Deutsch-Amerikanische Fulbright-Kommission (www.fulbright.de/) ist eine binationale, von deutscher und amerikanischer Seite gemeinsam finanzierte Institution, deren Ehrenvorsitzende der deutsche Außenminister und der US-Botschafter in Deutschland sind. Der deutsche Beitrag lag 2005 bei rund 4,3 Mio. Euro (von Auswärtigem Amt, Bundesministerium für Bildung und Forschung und Bundespresseamt). Das Ziel der Fulbright-Kommission ist die Förderung gegenseitigen Verständnisses zwischen den USA und Deutschland durch akademischen und kulturellen Austausch von hochqualifizierten Studierenden, Lehrenden sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern mit großer Bereitschaft zu interkultureller Verständigung.

Seit ihrer Gründung 1962 hat die Deutsch-Amerikanische Fulbright-Kommission insgesamt ca. 40 000 Stipendien vergeben. 2005 wurden rund 600 Stipendien an deutsche und amerikanische Studierende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Lehrerinnen und Lehrer, Sprachassistentinnen und -assistenten, Journalistinnen und Journalisten sowie Bildungsexpertinnen und -experten vergeben.

Die Fulbright-Programme umfassen Jahres- und Reisestipendien für deutsche und amerikanische Studierende und Graduierte sowie Fulbright Enterprise Scholarships für amerikanische Studierende und Graduierte aus Spenden und Sponsorenmitteln. Sie beinhalten außerdem Programme für Lehrerinnen, Lehrer sowie Vertreterinnen und Vertreter der Schulverwaltung, Programme für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Hochschullehrerinnen

und Hochschullehrer, wie Fulbright-Ehrenprofessuren, das Senior Specialist Programm für amerikanische Professorinnen und Professoren, Expertinnen und Experten, ein Fulbright American Studies Fellowship Stipendium für deutsche Habilitandinnen und Habilitanden, Programme für Administratorinnen und Administratoren, Hochschulexpertinnen und -experten sowie ein Programm für amerikanische Journalistinnen und Journalisten.

